AGORA FULDA

ZEITUNG FÜR MEINUNGSVIELFALT, KREATIVE KRITIK UND SATIRE

Ausgabe 4 | 2014/2015 | kostenlose Verteilung

Das Investoren-Team aus dem Redaktionsdunstkreis einer lokalen Bürgerzeitung vor dem Löhertor-Center kurz nach Vertragsabschluss. (Foto: AGORA)

AGORA kauft Löhertor!

Es ist ein Coup - Die AGORA wird neue Besitzerin des Forum Löhertor

Am Brunnen vor dem Löhertore tut sich was. Nach jahrelangem Stillstand, stillen Hoffnungen, zähen Verhandlungen und geplatzten Erwartungen seitens Käufer und Magistrat wird in Kürze wieder Leben in das Löhertorzentrum einziehen. Die AGORA wird neue Besitzerin und das Nutzungskonzept ist mutig, nachhaltig und zukunftsorientiert.

Hier am Ende der Unterstadt tobte seit den achtziger Jahren das Leben. Das größte Fuldaer Einkaufszentrum seiner Zeit beherbergte Gastronomie und Einzelhandel, Unterhaltungskultur, Sportstätten und einen Baumarkt. Seit mehreren Jahren aber gleicht das Löhertor einer Geisterstadt, tauglich nur als Kulisse für einen Krimi. Lediglich ein Drogeriemarkt ist als letzter Mieter derzeit noch vorhanden. An diesem traurigen Bild scheiden sich seit einiger Zeit die Geister; Pläne und Hoffnungen haben sich zerschlagen. Zu viele potentielle namhafte Mieter sind abgesprungen, eine hoch favorisierter Ankermieter aus dem textilen Gewerbe hat sich inzwischen im Bahnhofsviertel einquartiert. Zudem sind weitere Einkaufszentren entstanden, die zwar deutlich moderner wirken, augenscheinlich aber nicht zufriedenstellend frequentiert werden. Die Blase eines weiteren EKZ neben Kaiserwiesen, Justus-Liebig-Center und Emaillierwerk ist so schnell wie heimlich geplatzt. Die Frage, wie es mit dem Löhertor weitergeht, bereitete nicht nur dem Besitzer und der Stadtplanung Kopfschmerzen. Ein Neubau käme so teuer wie eine Kernsanierung. Ratlosigkeit auf der einen Seite, langsamer Verfall auf der anderen. Im Hinblick auf diese Entwicklung wird der Kauf der Immobilie seitens der AGORA nach anfänglicher Skepsis inzwischen sehr begrüßt. Schließlich konnte die AGORA-Redaktion nach langwierigen Verhandlungen den bisherigen Besitzer Dr. Helmut Greve, Inhaber der gleichnamigen Bau und Boden AG, zum Verkauf der bereits abgeschriebenen Immobilie, als auch das Stadtplanungsamt vom gut durchdachten Konzept überzeugen.

Konzept statt planlos

Initialzündung für den Kauf war - so lässt sich in der Einführung des Nutzungskonzeptes lesen - nicht ausschließlich die Planlosigkeit der bisherigen Verantwortlichen, sondern auch das Engagement der Interessensgemeinschaft Löherstraße, die seit geraumer Zeit das Flair am südlichen Innenstadtrand gezielt verbessert. Um dieses Vorhaben umsetzen zu können, wurde die AGORA-Genossenschaft gegründet, die ihre finanziellen Mittel aus den Anteilserlösen sowie zusätzlichen Fördermitteln der EU zieht. Weiter kommen auch die zahlreichen Soli-Abonnements sowie der symbolische Kaufpreis von einem Euro dem Ganzen zu Gute. Anders wäre die neue Heimat der Redaktion nicht zu stemmen. Doch wie soll das Löhertor zukünftig genutzt werden? „Wir haben im Prinzip eine Drei-Drittel-Lösung gefunden“, so Redaktionsmitglied Martin Uebelacker, der sich weitgehend um die Belange der verschiedenen Bereiche und die intensive Zusammenarbeit mit dem Züricher Architektenkollektiv „PlanWirt“ kümmert. Somit steht ein Drittel der Nutzungsfläche Wohneinheiten zur Verfügung, ein weiteres Drittel dient dem Einzelhandel, das letzte Drittel der Erholung und Unterhaltung. Konkret bedeutet dies, dass weite Teile des oberen Stockwerks zu Wohnungen umgebaut werden. „Wir wollen hier ein in sich schlüssiges Konzept für ein Mehrgenerationenhaus umsetzen, das als solches auch tatsächlich genutzt werden kann. Mit angeschlossen sind auch eine Kita, ein Hospiz sowie Einzelwohnungen für Asylbewerberinnen“, so Uebelacker weiter, der vor allem betont, damit auch der voranschreitenden Gentrifizierung etwas entgegen setzen zu wollen. Die Umbaumaßnahmen indes werden von Felix Döppner geleitet, der hier vor allem auf Sanierung in Niedrigenergie achtet und auf Eigenversorgung setzt. Die Dachfläche des integrierten Parkhauses, immerhin rund ein Drittel der Gesamtdachfläche, wird von einer Solaranlage belegt werden. Der überschüssige Strom wird in das Netz des örtlichen Energieversorgers eingespeist. „Damit heben wir auch den Anteil erneuerbarer Energien im lokalen Rahmen“, freut sich Döppner. Die anderen zwei Drittel der Bedachung dienen der Erholung und Selbstversorgung. Ein geplantes Kleiefeld wird zum Weiden heimischer Rhönschafe genutzt werden. Hier holte sich Elisabeth Rammler als verantwortliche Gestalterin der Dachbegrünung die notwendigen Informationen von Deichgräfinnen aus Ostfriesland, die auf eine lange Tradition an Beweidungsstrategien zurückblicken können. Zudem wird hier ein Anbaugarten installiert, der auch interessierten Hobbygärtner zur Verfügung gestellt wird, und dessen Erzeugnisse zurück in die Wohneinheiten und die im Erdgeschoß angesiedelte Gastronomie und den Einzelhandel fließen.

Lokale Förderung geht Hand in Hand mit Neuem

Die Koordinierung des gewerblichen Bereiches übernimmt Redaktionsmitglied Katja Ecker. Hier achtet sie besonders darauf, welcher Einzelhandel sich nach dem Umbau im Achtziger-Jahre-Komplex ansiedelt. „Wir wollen nicht den x-ten Backshop oder irgend einen Billigklamottenladen reinsetzen, sondern werben gezielt darum, einen Gewerbehof aufzubauen, der auf Nachhaltigkeit und faire Produktionsweise achtet“, so Koordinationsleiterin Ecker. Das Angebot soll von der Handwerksbäckerei bis zum Textilgeschäft gehen und auch gastronomische Anreize bieten. Sie ist davon überzeugt, dass es sich hierbei um ein äußerst tragfähiges Gewerbekonzept handelt. Ergänzt wird dieses Angebot durch kulturelle Einrichtungen. Dabei greifen die neuen Hauseigentümer auf vorhandene Ressourcen zurück, wie Matthias Söhlke erläutert, der zusammen mit Hannes Spicker von der Redaktion eingesetzt wurde, um dafür zu sorgen, den kulturellen Auftrag zu erfüllen. „Wir können die ehemaligen Kinosäle für Programmkino und Kleinkunst nutzen und für größere Events auf die Räume der einstigen Diskothek zurückgreifen“, freuen sich Spicker und Söhlke, die bereits in Gesprächen mit zahlreichen Kulturinitiativen aus dem Fuldaer Raum sind.

„Das Herzstück des Komplexes sind natürlich unsere Redaktionsräume!“ Walter M. Rammler, begeistert vom überarbeiteten Lichtkonzept des Löhertorzentrums im Allgemeinen und der Redaktionsebene im Besonderen, erläutert, welche Rolle Beleuchtung bei der Umsetzung kreativer Prozesse spielt. „Wenn das Licht stimmt, wird auch das Endergebnis perfekt“, so Rammler, der sich im Wesentlichen um den intensiven Kontakt zu Parteien und Behörden kümmert und hierbei auch auf die Erfahrungen von Mitarbeiter Jens Brehl zurückgreifen kann, der das künftige Pressezentrum betreuen wird. Das Nutzungskonzept selber kann noch deutlich erweitert werden. Schließlich sind die gesamte Innenfläche des Parkhauses sowie das Untergeschoss noch nicht verplant. Hier sieht Martin Uebelacker noch Raum für Beteiligung weiterer Menschen in Planung und Umsetzung. „Schließlich“, so Felix Döppner im Nachgang, „entwickeln wir uns auch weiter und bleiben nicht auf den ersten Ideen dogmatisch sitzen“. Ganz im Sinne einer Agora, jenes Platzes in der griechischen Antike, an dem Meinungen ausgetauscht, Informationen verkündet und Demokratie erlernt wurde.
Deshalb wird der Platz vor dem Haupteingang, rund um den Brunnen vor dem Löhertore, auch AGORA heißen.

Über Menschenpflege und Blumenwiesen

Wie sich mir aus einer Recherche über Mindestlohn neue Sichtweisen über ein Berufsfeld offenbarten – eine Hommage an die Altenpflege von unserem Redaktionsmitglied Felix Döppner

Die Idee war denkbar einfach und logisch, denn in der jetzigen Ausgabe erscheint ein Artikel über Mindestlohn. Was liegt also näher, als über Menschen zu schreiben, die in Vollzeit arbeiten, aber dennoch finanziell kaum über die Runden kommen? In vielen Medien geistert das Gespenst des Mindestlohns als Konjunkturvernichter und Gewinnräuber herum, so dass eine persönliche Geschichte die Perspektive auf das Thema verändern könnte. So war zumindest der Plan.

Was stattdessen passierte, war das Kennenlernen dreier Frauen, die mit Begeisterung über ihren Beruf als Altenpflegefachkraft berichteten. Aber auch von herzlosen Systemzwängen und einem falschen Image des reinen Abfertigens getreu dem Motto „sauber und satt" war die Rede.

Irgendwo in einer kleinen Altbauwohnung in der Fuldaer Innenstadt sitze ich zusammen mit Brigitte, Eva und Julia am Küchentisch. Die Drei haben unterschiedliche Erfahrungen im Pflegedienst: Brigitte und Eva sind bereits seit über zehn Jahren in diesem Beruf tätig, Eva absolviert gerade die Ausbildung. Julia, eine Kollegin und Freundin von Eva. „Altenpflegerin ist mein Traumberuf!", beginnt Brigitte, bevor ich irgendeine Frage stellen konnte. „Wenn nur die Arbeitsbedingungen nicht so gruselig wären", fügt sie in einem Nebensatz hinzu. „Traumberuf?", frage ich verwundert nach. Und dann sind alle drei nicht mehr zu stoppen. Vielseitig sei ihre Profession, was man schon an der Ausbildung erkennen könne. Das Staatsexamen teste die Auszubildende über Wissen über den menschlichen Körper, über altersbedingte Krankheiten und wie man sie bemerken und betreuen könne, welche Medikamente es vornehmlich gibt und deren Dosierung. Aber auch Politik, Betreuungsrecht, Hygiene, Sterbebegleitung und natürlich auch praktische Fähigkeiten, besonders die Grundpflege, gehören zu den Lehrinhalten.

Ich schaue anscheinend immer noch skeptisch, denn Eva erklärt weiter. Man dürfe die alten Menschen nicht als Ding oder Zimmernummer sehen. „Es sind ja Menschen mit einer unglaublichen Lebenserfahrungen, die erzählen wollen, von denen man etwas lernen kann", und Julia ergänzt: „Und viele sind toleranter als andere Mitmenschen." Dabei erinnert sie sich speziell an eine Geschichte, als eine Bewohnerin erfreut ausrief: „Ich hab dich schon an deiner Blumenwiese am Arm erkannt!" Die alte Dame meinte Julias Tätowierung, mit dem ihre Vorgesetzten erheblich mehr Probleme hätten als die zu Pflegenden. Eine andere ältere Dame konnte nach einem Schlaganfall nicht mehr sprechen und rief eines Nachts Schwester Eva per Rufknopf. Aufgeregt zeigte die Dame an die Zimmerwand. Eva rätselte, was gemeint war und fing an nachzufragen, Dinge im Zimmer zu benennen, sämtliche Hygieneartikel aus dem Bad zu holen - alles ohne Erfolg. Traurig verabschiedeten sich beide, bis Eva im Computer nachschaute und feststellte, dass es nach Mitternacht war, die Dame also Geburtstag hatte und sie dies durch den Kalender an der Wand zeigen wollte. „Die kleine Party in der Nacht war unvergesslich", sagt Eva.

„Und dann die Demenzkranken", berichtet Brigitte weiter. „Hier Wege zu finden, um mit den Menschen zu kommunizieren ist mehr als spannend."

Natürlich seien Demenzkranke gerade am Anfangsstadium ihrer Krankheit oft aggressiv. „Aber dann gehen sie zurück in ihre Kindheit und wir Pflegerinnen werden zur Schwester, Tante oder Mutter." Julia fügt schmunzelnd hinzu: „Oft mache ich mich morgens erst zum Obst, wenn ich ins Zimmer komme: Da muss erst getanzt oder gesungen werden, bevor es mit der Grundpflege losgeht."

Für mich klingt das alles gerade ziemlich harmonisch. Ich weiß aber, ob des großen Schattens, den wir im Alltag so gerne ignorieren, in einem Altenheim aber alltäglich ist und frage gerade heraus: Wie das mit dem Tod sei, möchte ich spontan wissen. Der gehöre dazu, wird mir gesagt. Die Stimmung wird nun erster, gleichzeitig bleibt aber die Offenheit im Raum. Es gebe Menschen, die sich sehr schwer tun mit dem Sterben. „Aber wenn es so ist, dann haben sie meist noch was zu erledigen", spricht Brigitte und berichtet von einem Fall, bei dem ein Sterbender wochenlang nicht loslassen konnte, bis dann doch endlich sein Bruder, mit dem er jahrelang nicht mehr gesprochen hatte, ans Bett trat. „Drei Tage später ist der Mann dann gestorben", beendet die Pflegerin ihre Geschichte. „Ja und dann gibt es noch die, die Sterben wollen, und die zu begleiten, das ist ein Geschenk", so Eva. „Denn sie haben alles erlebt, was sie zu erleben hatten und sind bereit, zu gehen. Dann wird der Tod zu einem Gefährten und das ist wunderbar", ergänzt sie.

„Dies alles funktioniert aber nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen", sagt Brigitte und wird ernst.

Foto: Chalmers Butterfield, CC-BY. 2.5

Alles sei viel leichter, wenn das Team stimme. Denn natürlich gibt es Patienten, mit denen man besser kann und andere, mit denen man überhaupt nicht zurecht komme. Stimmt das Team, so könne man das offen aussprechen und man tauscht einfach. „Gemeinsame Reflektionen in einem guten Team kommen auch automatisch", berichtet Brigitte. Denn durch die prekäre Personallage in vielen Einrichtungen entstehen Grenzsituationen. „Man hat Zeitdruck, einen Berg voll Arbeit und dann einen Bewohner, der einen schlechten Tag hat und nur rummotzt. „Dann braucht man ein Umfeld, das einen auffängt, in dem man auch mal seinen Ärger rauslassen kann, Tür zuschlagen oder gegen die Wände trommeln darf", sagt Eva. „Ja, und wegen der chronischen Unterversorgung und einem System, bei dem die Verwaltungsarbeit wichtiger ist, als der menschliche Umgang, sind gute Teams leider selten", gesteht Brigitte. Ich hake nach und möchte mehr über den Tagesablauf wissen. Die Atmosphäre am Tisch verändert sich schlagartig, denn die Damen sind empört. Wenn es gut läuft, ist der Quotient zwischen Dokumentation der gemachten Arbeiten sowie das medikamentöse Einstellen der Patienten und die Arbeit mit dem Menschen 70 zu 30. Ausgebildete Pflegefachkräfte hätten beispielsweise immer weniger Umgang mit den alten Menschen, sitzen vermehrt am Computer, während Pflegehelferinnen und Umgeschulte die Pflege übernehmen. Dabei wird von dem medizinischen Dienst der Krankenkassen (MdK) penibel darauf geachtet, dass die zeitlichen Vorgaben gemäß der Pflegestufen nicht überschritten werden. Für die Grundpflege (Waschen, Essen reichen, Zimmeraufräumen, Anziehen, Ausziehen, zu Tisch bringen, Bett machen, Zahnpflege, Darm und Blasenentleerung etc.) hat man bei Pflegestufe I insgesamt 45 Minuten zur Verfügung. Bei Pflegestufe II schon zwei Stunden pro Tag. Die Pflegestufen legt der MdK fest - sprich die Krankenkassen, die auch die Kosten für die Pflege übernehmen. Der Interessenkonflikt bei der Wahl der Pflegestufe ist damit systembedingt.

Eva erzählt mir, dass sie in einer Schicht schon einmal alleine für elf Personen zuständig war. Wie lange sie ihren Beruf noch ausüben kann, weiß sie nicht. Obwohl sie unter 30 Jahre alt ist, hat sie schon heute Rückenschmerzen. „Eine Berufkrankheit", sagt sie, denn beim Umlegen der Patienten auf Hilfe zu warten oder Hilfsmittel alleine einzusetzen koste Zeit und die sei eben Mangelware. Daher erledigt sie auch ihre Verwaltungsaufgaben erst nach Schichtende. Während ihrer regulären Arbeitszeit gibt es dafür keinen Raum.

„Aber wir geben unser Bestes, denn wir arbeiten ja mit Menschen. Ihre Gesundheit und Wohlbefinden liegen oft in unseren Händen. Auch das von Angehörigen, die oft erst sehr lange selber zu Hause pflegen und ihre Liebsten erst abgeben wenn es gar nicht mehr geht und das weiß das System und nutzt es aus", verabschiedet mich Brigitte. Und so laufe ich beeindruckt von der Beharrlichkeit meiner Gesprächspartnerinnen nach Hause. Zum ersten Mal denke ich ernsthaft über das Älterwerden nach. Auch über die Alten, die ein ganzes Leben gelebt, die dunklen sowie die Sonnenseiten des 20 Jahrhunderts erfahren haben und von der Gesellschaft plötzlich auf null gestellt, als Alte abgestempelt werden, als ob sie nie Erfahrungen wie Schmerz und Freude, Hoffnungen, Enttäuschungen und Visionen hatten. Sie sind alt, Schublade auf und tschüß. Wenn sie Glück haben gibt es noch liebevolle Angehörige. Weiteres Glück ist, auf Pflegekräfte mit Herz und Seele zu treffen. Mit solchen, wie die mit denen ich vor wenigen Minuten an einem Tisch gesessen habe. Die Frauen nehmen stets den Menschen wahr und schätzen deren Erfahrungswelten – auch wenn der berufliche Alltag dies mitunter erschwert.

Und ganz hinten, in der letzten Ecke meiner Vorstellungskraft wird mir klar, dass auch ich einer dieser demenzkranken Alten in Zukunft sein könnte und dann hoffe ich, auf jemanden, der sich auch für mich zum Obst macht.

P.S.:
Das Einstiegsgehalt für Pflegefachkräfte liegt in Hessen bei ca. 1500 € brutto. Julia ist alleinerziehend. Mit ihrem Ausbildungsgehalt kommt sie nicht über die Runden und sucht sich jetzt einen zweiten Job. Nachts.

Kampf um den Mindestlohn

Ein Gespräch zwischen Martin Uebelacker von der AGORA und Michael Wahl ganz im Stile einer Öko-Gutmenschen-Zeitung. Wie sich das gehört.

20 von 27 EU-Ländern haben bereits einen Mindestlohn eingeführt. Deutschland ist eines der wenigen Länder in der Europäischen Union, das bisher keinen gesetzlich festgeschriebenen allgemeinen Mindestlohn hatte.

Dabei ist vor allem hierzulande der Niedriglohnsektor seit den 1990er Jahren ständig gewachsen - und damit die Zahl der Menschen, die von Verarmung trotz Vollzeitbeschäftigung betroffen sind.

Nach langem Ringen hat die Bundesregierung die Einführung eines bundesweiten Mindestlohnes von 8,50 € brutto beschlossen. Allerdings gibt es eine Vielzahl von Ausnahmen, so dass viele Arbeitnehmer erst Jahre später in den Genuss des Mindestlohnes kommen werden. Agora sprach mit dem osthessischen ver.di-Bezirksvorsitzenden Michael Wahl über diese Thematik. Nachfolgend seine Stellungnahme:

Michael Wahl: "Ich kritisiere die Vielzahl von Ausnahmen beim nun beschlossenen Mindestlohn. Ver. di geht hier von mehreren Millionen Arbeitnehmern aus, für die der Mindestlohn nicht zum 01.01.2015 kommen wird. Die Ausnahmen für Langzeitarbeitslose, Jugendliche unter 18 Jahren, Zeitungszusteller, Praktikanten, Saisonkräfte und Erntehelfer bedeuten weiterhin die Zahlung von Hungerlöhnen für diese Berufsgruppen. Schätzungen der ver.di-Bundesebene besagen, dass statt der erwarteten 5 Millionen Arbeitnehmer, die bei der flächendeckenden Einführung des Mindestlohnes zum 01.01.2015 profitiert hätten, nun nur noch zweieinhalb Millionen vom Mindestlohn profitieren. Im Bezirk Osthessen werden statt der erwarteten 15.000 Beschäftigten nun nur etwa 7.500 gleich zu Beginn den Mindestlohn erhalten.

Besonders bedauerlich ist es, dass es die Arbeitgeberlobby des Zeitungsgewerbes noch in letzter Minute geschafft hat, Ihre Interessen in Berlin durchzusetzen und eine zusätzliche Ausnahmeregelung für die Zeitungszusteller erreicht hat.

Auch die hiesige regionale Zeitung verweigert den Abschluss von Tarifverträgen und ist nicht bereit, den Mindestlohn zu zahlen. Auch darf man gespannt sein, ob es hier Versuche geben wird, sich durch Werkverträge dauerhaft um einen Mindestlohn zu drücken.

Weiterhin muss ich neben den erheblichen Ausnahmen auch die Höhe des nun beschlossenen Mindestlohnes kritisieren. Zwar hat ver. di auf dem Bundeskongress 2011 die Forderung eines Mindestlohnes von 8,50 € Höhe beschlossen. Aber die Einführung in dieser Höhe teilweise erst im Jahr 2017 ist ein Skandal. Daher fordert ver.di eine schnelle Anhebung des Betrages.

Abschließend möchte ich betonen, das ver.di seit mehr als 10 Jahren im Verbund mit anderen Mitstreitern für den gesetzlichen Mindestlohn gekämpft hat. Mit dem jetzt beschlossenen Gesetz ist bei aller berechtigten Kritik ein erster großer Schritt geschafft. Für die Zukunft muss es darum gehen, einen wirklich flächendeckenden Mindestlohn durchzusetzen. Entscheidend wird sein, dass die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft im Kampf um bessere Tariflohnerhöhungen und Arbeitsbedingungen gestärkt wird. Um dies zu erreichen, müssen prekäre Arbeitsverhältnisse abgeschafft werden, also fordern wir : Schluss mit sachgrundloser Befristung von Arbeitsverträgen, Schluss mit Leiharbeit und Werkverträgen."

Mit Michael Wahl sprach Martin Uebelacker.

Die größte WG Fuldas

Über die Situation von Asylbewerber_innen in Fulda - und wie man diese verbessern könnte
- ein Gastbeitrag der Welcome-In(itiative)

Der deutschen Flüchtlingspolitik fehlt es an Weitsicht. Die Menschen, die vor Leid und Verfolgung geflohen sind, werden hierzulande systematisch isoliert, statt integriert. Der europäischen Abschottungspolitik nach außen folgt eine deutsche Ausgrenzungspolitik im Inneren. Dies führt zu großem Leid bei Betroffenen und es werden Chancen für alle Beteiligten verschwendet. Die Welcome In(itiative) Fulda, kurz Welcome In, stellt dieser negativen Haltung einen positiven Ansatz entgegen und setzt sich aktiv dafür ein, Asylbewerber/innen mit offenen Armen zu empfangen.

Haben Sie schon einmal in einer WG gewohnt? In einer Dreier-, vielleicht in einer Vierer-WG? Diese Form des Zusammenlebens erfährt in Deutschland eine große Popularität. Durch das Internet kann man gezielt nach vermeintlich „passenden“ Mitbewohner/innen suchen. Das bringt viele - nicht nur finanzielle - Vorteile für alle Beteiligten. Doch gibt es wohl kaum eine WG, in der es nicht auch schon zu Streitereien gekommen wäre. Wer macht den Abwasch? Wer putzt was und wann? Wie laut darf welche Musik zu welcher Uhrzeit sein? Sobald Menschen eng zusammenleben gibt es ein Konfliktpotenzial.

In Fulda gibt es eine sehr große WG. Eine interkulturelle, eine vielfältige WG. Eine WG mit mehr als hundert Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern, in der etliche verschiedene Sprachen gesprochen werden. Eine WG, in der Menschen sich nicht „zusammengefunden“ haben, sondern in die sie unfreiwillig hineingesteckt wurden und in der sie teilweise zu viert in einem Zimmer wohnen. Durchschnittlich sechs Quadratmeter stehen hier jeder Person zu. Viele der Menschen in dieser WG haben in der Vergangenheit Furchtbares erlebt und sind schwer traumatisiert. Diese WG nennt sich „Gemeinschaftsunterkunft“ und sie steht in der Frankfurter Straße. Hier wohnen Asylbewerber/innen, einige von ihnen seit mehreren Jahren. Viele von ihnen kennen niemanden aus Fulda und den meisten ist es gesetzlich verboten, sich hier eine Arbeit zu suchen. Auch einen gesetzlichen Anspruch auf Deutschkurse haben nur wenige. Man muss kein/e Expert/in sein, um zu erkennen, dass in einer solchen WG ein ungemein großes Konfliktpotenzial herrschen muss.

Etwa 800 Asylbewerber/innen leben derzeit im Landkreis Fulda. Die große Mehrheit von ihnen lebt in Gemeinschaftsunterkünften, nur etwa 100 sind dezentral in kleineren Wohneinheiten untergebracht. Zwangs-WGs dieser Art finden sich zu hunderten in Deutschland. Sie sind die praktische Konsequenz der deutschen Flüchtlingspolitik, die eher einer Isolationspolitik gleicht. Die Menschen finden ausgehend von einer solchen Unterbringungssituation kaum Anschluss an die Gesellschaft. Dabei bringen sie ein riesiges Potenzial mit sich. Sie haben einen starken Willen an den Tag gelegt und gewaltige Risiken in Kauf genommen, um hierher zu kommen und sich ein neues Leben aufzubauen. Sie könnten eine unschätzbare Bereicherung für diese Gesellschaft sein. Statt dieses Potenzial zu erkennen und die Menschen zu fördern, erfahren sie systematische Ausgrenzung. Die meisten von ihnen werden gegen ihren Willen wieder abgeschoben. Es ist dies eine klassische lose-lose-Situation.

Die Initiative bietet zum Beispiel Deutsch-Kurse für Flüchtlinge an. (Foto: Welcome In(itiative)

Der Widerstand gegen diese Politik wächst stetig an. Überall sprießen Flüchtlingsinitiativen aus dem Boden, die sich dafür einsetzen, Asylbewerber/innen willkommen zu heißen - auch in dieser Region. Eine dieser Bewegungen ist die Welcome In(itiative) Fulda.

Die Gruppe besteht aus aktiven Menschen aller Altersklassen aus der Region Fulda, die den direkten Kontakt zu den Asylbewerber/innen suchen.

„Unser Ziel ist, den Menschen auf Augenhöhe zu begegnen, sie willkommen zu heißen und voneinander zu lernen.“, erklärt eine Welcome In-Aktive. Ausgehend von diesem positiven Ansatz erfolgte im Januar dieses Jahres auch die Umbenennung der Initiative, die vorher unter dem Namen „Save Me Fulda“ bekannt war. In Begegnungen mit den Menschen aus den Gemeinschaftsunterkünften wurde schnell deutlich, vor welch großen Schwierigkeiten diese im Alltag stehen. Durch diesen Austausch entstanden Ideen, wie man zur Behebung dieser Probleme beitragen könnte. Daraus entwickelten sich vielfältige Projekte, die selbstständig und ehrenamtlich durchgeführt werden. Wohl das wichtigste Welcome In-Projekt sind die Deutschkurse, die mehrmals in der Woche in Fulda, Hünfeld und Steinbach auf verschiedenen Niveaustufen angeboten werden. Darüber hinaus haben sich in der Initiative viele Kleingruppen zusammengefunden, die in Eigeninitiative ständig neue Aktivitäten starten. So wird in Kooperation mit der Hochschule ein Sportseminar angeboten und es gibt regelmäßig Freizeitangebote wie Stadttouren, Picknicks oder Kunstveranstaltungen. Eine Gruppe von Teilnehmerinnen kümmert sich im Rahmen eines Frauenprojektes ausschließlich um die Bedürfnisse von Frauen in den Unterkünften, und in einem „Mittwochscafé“ können sich die Asylbewerber/innen mit allen denkbaren Fragen an die Gruppe wenden. Abgesehen davon betreiben die Aktiven Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel in Form von Infoabenden, Podiumsdiskussionen oder Filmvorstellungen, durch die über die Situation von Geflüchteten aufgeklärt und neue Mitglieder gewonnen werden sollen.

Mit ihren Projekten hat die Gruppe schon vieles erreicht und wurde kürzlich für ihr Engagement von der Caritas sogar mit dem Elisabeth-Preis ausgezeichnet. Viele grundlegende Probleme, die unter anderem durch die Sammelunterbringung von Asylbewerber/innen entstehen, kann aber auch zivilgesellschaftliches Engagement nicht beheben. Dafür benötigt es ein Umdenken in Politik und Gesellschaft und den Willen, zum Vorteil Aller eine echte Willkommenskultur für Geflüchtete zu schaffen.

_____

Wer sich bei der Welcome In(itiative) Fulda engagieren möchte kann an deren zweiwöchigen Gruppensitzungen (in ungeraden Kalenderwochen, mittwochs um 19.45 Uhr in der „Brücke“, Löherstraße 37) teilnehmen.

Alternativ gibt es die Möglichkeit, sich gezielt in einzelnen Projekten einzubringen. Bei Interesse oder Fragen kann man sich per E-Mail (save-me-fulda@googlegroups.com) oder Facebook (www.facebook.com/save.me.fulda) direkt an die Gruppe wenden.

Wohltätigkeit ist das Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade.
Johann Heinrich Pestalozzi

Wenn Schlachthäuser Glaswände hätten, so wie Autohäuser...!
Paul McCartney

Wir werden den Terrorismus und die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen.
***Angela Merkel** (2007)*

Mich regt das Schweigen von Europa auf, das gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat und nichts sagt, obwohl es hier ein Massaker gibt, bei dem Menschen sterben, als sei es ein Krieg.
Giusi Nicolini
(Bürgermeisterin von Lampedusa)

Statt zu klagen, dass wir nicht alles haben, was wir wollen, sollten wir lieber dafür dankbar sein, dass wir nicht alles bekommen, was wir verdienen.
Dieter Hildebrandt

Was keiner wagt, das sollt ihr wagen.
Was keiner sagt, das sagt heraus.
Was keiner denkt, das wagt zu denken.
Was keiner anfängt, das führt aus.
Wenn keiner ja sagt, sollt ihr es sagen.
Wenn keiner „Nein“ sagt, sagt doch „Nein“.
Wenn alle zweifeln, wagt zu glauben.
Wenn alle mittun, steht allein.
Wo alle loben, habt Bedenken.
Wo alle spotten, spottet nicht.
Wo alle geizen, wagt zu schenken.
Wo alles dunkel ist, macht Licht.
Lothar Zenetti

Baywatch statt Frontex!
Die PARTEI

Freiheit - das heißt keine Angst haben, vor nichts und niemand.
Konstantin Wecker

Es ist nicht genug zu wissen – man muss auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen – man muss auch tun.
Johann Wolfgang von Goethe

Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewisse Leute nicht die Freiheit haben, alles zu tun.
Alain Peyrefitte

Je mehr Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, desto weniger Helden wird es einmal brauchen.
Franca Magnani
(italienische Journalistin)

Ein beispielloses Zeichen von Menschlichkeit

Fuldaer Autohausbesitzer öffnet Herz und Türen für Flüchtlinge - *von unserer freien Mitarbeiterin Ines Korlev*

Kommunen, die dieser Tage Flüchtlinge aufnehmen sollen, klagen nicht selten über fehlendes Geld und fehlende Unterkünfte, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die anhaltenden Vertreibungen durch Krieg und Terror, ebenso wie die auch von unserem Konsumverhalten mit zu verantwortende wirtschaftliche Not, zwingen weiterhin zahllose Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Obwohl die meisten Zufluchtsuchenden lediglich in ein angrenzendes Nachbarland fliehen und neun von zehn Flüchtlingen (86 Prozent) nach Angaben der UNO von Entwicklungsländern aufgenommen werden, fühlen sich aktuell in Deutschland viele Kommunen unter Druck und tun sich schwer, geeigneten Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Vielerorts herrschen statt Solidarität und Mitgefühl daher Misstrauen, Angst und Unmut - vor allem, wenn in der eigenen Nachbarschaft Wohnraum für Flüchtlinge geschaffen werden soll.

Umso mehr freut es uns, nach all den negativen Schlagzeilen über menschenunwürdige Bedingungen in deutschen Asylbewerberheimen, heute über die beispiellose Eigeninitiative eines Fuldaer Autohausbesitzers berichten zu können. Der Unternehmer will an dieser Stelle nicht namentlich genannt werden, da er den Rummel um seine Person scheut, kündigte aber der AGORA exklusiv an, dem Landkreis Fulda noch vor Weihnachten sein 800m² großes Autohaus für zugewiesene Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.

Unterstützt wird er in seinem Vorhaben von den drei reichen Großgemeinden Künzell, Petersberg und Eichenzell. Nachdem diese Gemeinden zum eigenen großen Bedauern bisher keine geeigneten Wohnobjekte zur Unterbringung benennen konnten, sind sie froh, nun doch noch einen Beitrag leisten zu können - sie werden den Aus- und Umbau des Autohauses zur Flüchtlingsunterkunft finanzieren.

Der angefragte Architekt zeigt sich begeistert: „Das Gebäude ist gut geheizt, hell und großzügig geschnitten und bietet tolle Gestaltungsmöglichkeiten. Die großen Ausstellungsflächen können ohne viel Aufwand zu Gemeinschafts- und Begegnungsräumen umgestaltet werden. Und der Platz den ein großer Geländewagen zum Parken benötigt, reicht schon fast einer vierköpfigen Familie zum Schlafen."

Auch an die soziale Integration hat der Autohausbesitzer gedacht: „Gut vorstellen können wir uns zum Beispiel, dass die Flüchtlingsfamilien mittags für unsere Belegschaft kochen und man beim gemeinsamen Essen mehr voneinander erfährt."

Foto: jan5 @wikipedia.org, Public Domain

Der Unternehmer weiter: „Seien wir mal ehrlich: Autos frieren nicht. Die können wir genauso gut auf Außengeländen abstellen. Aber wenn es soweit kommt, dass Menschen wie vor der Bayernkaserne in München nächtelang im Freien schlafen müssen oder in Containern und Zelten untergebracht werden, das kann ich in einem reichen Land wie unserem nicht hinnehmen. Dann geht uns das alle was an."

Der Unternehmer weiß, wovon er spricht. Waren doch seine Großeltern selbst vor dem Krieg aus Ostpreußen nach Hessen geflüchtet. „Ich kann mich gut an die Erzählungen meiner Oma erinnern. Und daran, wie schwer es für sie gewesen ist, ihre Heimat aufzugeben und neu anzufangen. Damals wurde meine Familie bei Fremden einquartiert und hat sich viele Jahre unerwünscht gefühlt." Für ihn seien die Flüchtlinge heute in einer ähnlichen Situation und es sei für ihn selbstverständlich zu helfen. „Und wenn die Länder und Kommunen schlecht geplant haben, dann muss man eben selbst was tun. Wir sind doch hier nicht in Timbuktu!"

Auch die regionale Politik zeigt sich nach Informationen der Autorin von der Eigeninitiative des Autohausbesitzers beeindruckt und will ihrerseits nicht länger auf Entscheidungen auf Bundes- oder Länderebene warten. Aktuell werde ein Sonderweg für eine regionale Arbeitserlaubnis geprüft, die den Menschen aus anderen Ländern schneller ein geregeltes Leben und den Einstieg in eine neue Zukunft ermöglichen würde. Bisher werde viel Lebenszeit im Warten auf Genehmigungen und Antragsverfahren verschwendet und die Untätigkeit führe bei vielen Flüchtlingen zu zusätzlichen Nöten. Auch wolle man ermutigen, Verwaltungsvorschriften vor Ort weniger streng anzuwenden. Flüchtlinge könnten dann zu bereits in Deutschland oder anderen Ländern lebenden Verwandten weiter reisen und bei ihnen unterkommen. Bisher wird ihnen dies in der Regel nicht gestattet.

Da es in Hessen keine einheitliche Regelung für die vorgeschriebene Verweildauer in einer Sammelunterkunft gebe, werde auch dieser Spielraum eigenständig weiter genutzt, um Asylbewerber vermehrt dezentral in Einzelwohnungen unterzubringen. Diese Wohnform ermögliche Asylsuchenden ein selbstbestimmtes Leben und integriere sie in die Gesellschaft. Auch könne man sich hier die Kosten für einen „Sicherheits"-Dienst sparen. Einige Länder wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz brachten in der Vergangenheit zeitweise über 80 oder sogar 90 Prozent aller Asylbewerber in eigenen Wohnungen unter, womit sie bewiesen, es geht, wenn man will. Denn über die Art der bevorzugten Unterkünfte entscheiden jeweils die Bundesländer selbst. Wer also als Privatperson Einliegerwohnungen oder ähnliches gerne an Flüchtlinge vermieten will, kann sich sicher gerne bei der zuständigen Ausländerbehörde melden.

Wir sind der Meinung:
So ginge es gut, Fulda!

Hüttenkäse

So ging es weiter...

In der letzten Ausgabe der Agora berichteten wir über ein ehemaliges von Jugendlichen im Stadtteil Neuenberg erstelltes Baumhaus, den Ereignissen, die zum Bau einer Hütte an gleicher Stelle geführt haben und den aktuellen Kampf der inzwischen recht umfangreichen Gruppe an Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum weiteren Erhalt des Projektes. Hier wurde auch über das Verhalten der Stadt Fulda bzw. des Jugendamtes im Umgang damit berichtet. Der Stand bei Drucklegung der letzten Agora war, dass der Gestattungsvertrag über das Gelände mit der Stadt Fulda Ende August auslief und eine Verlängerung des Projektes trotz vielfältiger Initiativen nicht in Aussicht gestellt wurde. Dies ist ein Vierteljahr her und seitdem hat sich einiges rund um die Hütte getan.

Dazu beigetragen hat auch eine Veränderung in der Stadt Fulda. Mit der Amtseinführung des neuen Bürgermeisters Dag Wehner (CDU) wechselte auch die Zuständigkeit für das Soziale in der Stadt. Herr Wehner, der sich zu Beginn seiner Arbeitsaufnahme sicherlich nicht über zu wenige Termine beklagen konnte, fand dennoch die Zeit, sich das Projekt vor Ort Anfang August anzuschauen und mit der Jugendgruppe darüber zu diskutieren. Das Ergebnis wird von den Jugendlichen als durchaus positiv gewertet. Dieses Gespräch sowie das vielfältige Engagement der Jugendlichen zum Erhalt der Hütte haben dazu beigetragen, dass der Gestattungsvertrag um ein weiteres Jahr verlängert wird. „Die [...] von Ihnen geäußerten Argumente für eine befristete Fortführung des Hüttenprojektes haben mich durchaus überzeugt", so Dag Wehner im Bestätigungsschreiben vom 26. September. Die Hütte ist fürs Erste gerettet und muss auch nicht im Volumen verkleinert werden, was ja in der Vergangenheit zu Differenzen zwischen Baumhausverein und Jugendamt geführt hat. Mit der Verlängerung allerdings kamen zu der bisherigen Auflagenpalette weitere Auflagen seitens der Stadt hinzu: Absolutes Verbot jeglichen Feuers, auch Kerzen, in der Hütte, Erhöhung des Zaunes zur Straßenseite, Verschlussmöglichkeit des Tores und zahlreiche weitere Schilder an den Trampelpfaden, die zur Hütte führen, die zufällige Passanten unmissverständlich und von allen Seiten darauf hinweisen müssen, dass es sich hier um ein Privatgelände handelt. Weiter gab es die für die Vertragsverlängerung grundlegende Auflage, die Aufstiegsmöglichkeit der Dachterrasse komplett zu demontieren, da „es vermutlich keine statische Berechnung [gäbe], ob das Dach überhaupt tragfähig ist". Ein Preis, den sie dennoch zu zahlen bereit sind.

Die Jugendgruppe und der Baumhausverein sind glücklich über die Möglichkeit der Fortführung dieses autonomen Projektes, ihres eigenhändig geschaffenen Freiraumes. Die Auflagen werden zur Zeit erfüllt und die Gemüter haben sich sichtlich beruhigt. Bleibt zu hoffen, dass sich die Kommunikation zwischen Jugendamt und Verein wieder verbessert, der Ton wieder etwas milder und der Winter nicht zu kalt wird. Die Licht- und Wärmeversorgung der Hütte ist nämlich auflagenbedingt in technischer Hinsicht noch ungeklärt.

Spuren der Vergangenheit

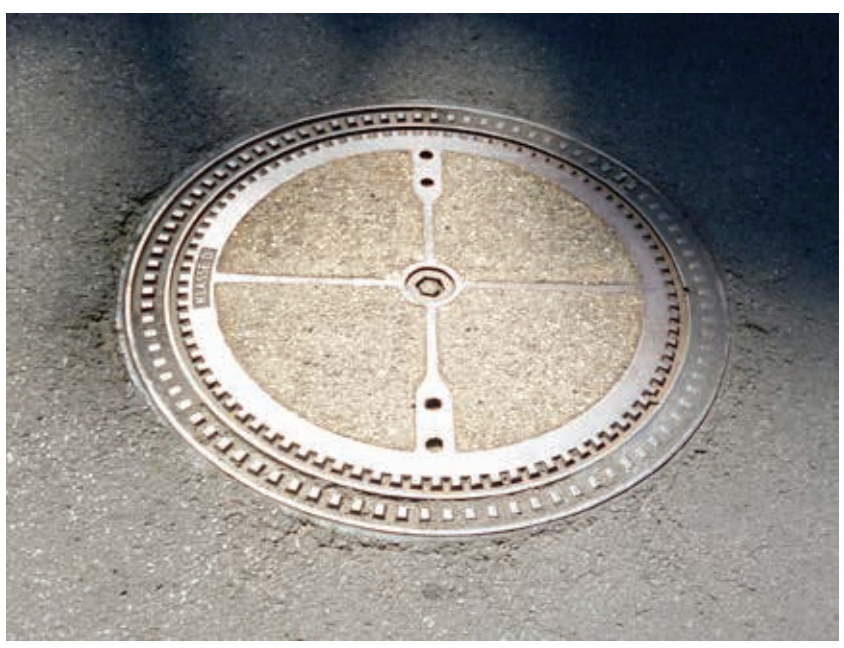
25 Jahre nach der Wende in Osthessen gibt es immer noch Spuren des Kalten Krieges

Zonenrandgebiet Fulda: Wenige Spuren deuten heute noch darauf hin, dass die Region Fulda einmal „der heißeste Ort im Kalten Krieg" war. Neben der Gedenkstätte Point Alpha und einzelnen Wachtürmen als Mahnmal im Grenzverlauf sind kaum noch Spuren zu finden. Kurz hinter der Fuldaer Stadtgrenze aber stößt man fast beiläufig auf nahezu unauffällige Spuren des Kalten Krieges im Asphalt vielbefahrener Straßen: Sprengschächte!

Drei Schächte kurz hintereinander, eingelassen in die L3139 zwischen Oberrode und Kleinlüder, weitere drei befinden sich auf dem Weg von Giesel nach Neuhof. Pünktlich zum 25. Jahrestag der Grenzöffnung wurden weitere zwei Sprengschächte zwischen Giesel und Hosenfeld nach Straßensanierung im November diesen Jahres entfernt. Reste, die bezeugen, dass in der Vergangenheit auch alles hätte irgendwie anders laufen können hier im Zonenrandgebiet, in dem Landstrich, der als Fulda Gap in die Geschichte eingegangen ist.

Perfide der Gedanke, welche Strategien hinter dem General Defense Plan 31001 gesteckt haben, solche Sprengschächte in asphaltierte Straßen einzulassen. Halten wir uns das mögliche Szenario mal gedanklich im Konjunktiv vor Augen und schauen, was wohl passiert wäre, wenn, wie einst vermutet, „die Russen" tatsächlich landwegs über die Fuldasenke gekommen wären mit dem Versuch, gemäß Leberwursttaktik Westdeutschland in der Mitte zu sprengen und die Versorgungswege abzuschnüren: Neben strategisch geplanten Atombomben und allerlei militärischer Aufgeregtheit wäre es denkbar gewesen, dass die überlebende Bevölkerung schlagartig die Flucht angetreten hätte. Diese Flüchtlingsströme würden alle auch nur halbwegs befahrbaren Wege verstopfen, die militärischen Bodentruppen der NATO könnten hier keinerlei Strategien verfolgen. Um diese Eventualität erst gar nicht eintreten zu lassen, dienten die mehrere Meter tiefen und mit starker Sprengmunition versehenen Schächte in allen asphaltierten Straßen dieser Region außerorts. Ein Befahren dieser Straße wäre unmöglich, Flucht gelänge nur zu Fuß. Was allerdings für die Wohnbevölkerung gegolten hätte, würde den Bodentruppen des Warschauer Paktes ebensolche Schwierigkeiten bereiten. Ein schnelles Vorstoßen der sowjetischen 8. Gardearmee in Richtung Rhein-Main und damit Richtung Air Base innerhalb von zwei Tagen wäre unterbunden. Zwei Fliegen mit einer Klappe.

Nahezu alle Sprengschächte in der Region sind durch straßenbautechnische Änderungen nach 1990 entfernt worden. Die verbliebenen sind natürlich entschärft. Nur sehr vereinzelt sind solche Schachtdeckel, die von unwissenden Augen gerne mit Kanaldeckeln verwechselt werden, in Rhön, Vogelsberg und Waldhessen noch zu sehen. Ein viertel Jahrhundert nach dem Mauerfall dienen diese beinahe beiläufig als Mahnmal!



Kanaldeckeln zum Verwechseln ähnlich: Sprengschächte (Foto: AGORA)

Steigen Sie ein...

Mitfahrgelegenheiten in Version 2.0 - *von Alexander Sust*

Fotomontage: Alexander Sust

Ein Tag nach meiner Geburt durften keine Autos mehr fahren. Alle Straßen waren leer. Es lag eine große Ruhe über der Stadt. Die Leute machten ihren Sonntagsspaziergang auf der Autobahn.

Das ist lange her. Vor vierzig Jahren atmete die Welt einmal tief durch und für einen kurzen Moment wurde vielen bewusst, wie abhängig sie mit ihrem Lebensstil von der schwarzen klebrigen Masse sind, die in fernen Wüsten aus der Erde gepumpt wird. In dieser kurzen Stille fand der Gedanke Gehör, dass fossile Rohstoffe endlich sind und wir sie zudem in atemberaubender Geschwindigkeit verbrauchen. Bald schon aber gab es wieder genug Benzin für alle. Die Leute kauften sich weiterhin schicke teure Spritschlucker und der Glaube, dass schon alles gut gehen würde, war schnell wieder hergestellt. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert. Über Alternativen, wie Elektromobilität, ist zwar vielfach zu hören, doch ohne fossile Treibstoffe wären unsere Straßen heute ähnlich leer wie an jenen denkwürdigen „autofreien Sonntagen" in den 70er Jahren.

Aber was will man machen? Außerdem sind die Benzinpreise doch gerade wieder gesunken! Es ist halt so. Ein paar junge Leute fangen an, das anders zu sehen. Für sie beginnt das eigene Auto als Symbol der individuellen Freiheit an Attraktivität zu verlieren. An seine Stelle treten andere Konsumprodukte wie das Smartphone. Mit den technischen Innovationen dieses Gerätes beginnt sich auch das Denken zu verändern. Die Vorteile von Vernetzung und Information machen es einfacher, Nutzergemeinschaften zu organisieren. Das funktioniert auch bei der Mobilität. So wird eine alte Idee wieder interessant: das Trampen. Nur, dass man dazu nicht mehr mit dem Daumen nach oben am Straßenrand warten muss, bis sich ein Automobilien-Inhaber erbarmt und einen mitnimmt. Heute braucht man dazu einfach eine App, gibt an, wo man ist und wohin man will. Schnell hat man Nachricht, wann die nächste Mitfahrgelegenheit vorbeikommt. Solche digitalen Mitfahrsysteme verbreiten sich schnell. Über 650.000 Mitfahrangebote zählt allein die Plattform flinc im Monat. In Großstädten und Ballungsräumen ist dies mittlerweile zu einer ziemlich zuverlässigen Möglichkeit geworden, von A nach B zu kommen. Von Vorteil ist das nicht nur für den Mitfahrer. Auch der Fahrer bekommt etwas für seine Leistung. Neben dem finanziellen Beitrag schätzen viele die netten Gespräche und Kontakte und nicht selten entwickeln sich daraus dauerhaftere Fahrgemeinschaften z.B. auf dem Weg zur Arbeit. Die bessere Auslastung der Fahrzeuge führt zu einer Verringerung der Verkehrsbelastung und des CO2-Ausstoßes.

„Das ist ja alles schön und gut, aber es wird sich nicht durchsetzen", sagte mir kürzlich ein Mittfünfziger, als ich ihm von den neuen Mitfahrzentralen erzählte. „Wissen Sie, ich komme aus Wolfsburg und glauben Sie, die Automobilindustrie hätte irgendein Interesse daran, dass sich so etwas etabliert? Ich z.B. habe mein Auto geleast. Was meinen Sie, was mir mein Händler erzählt, wenn ich ihm den Wagen nach einem Jahr wieder vor die Tür stelle und auf der Rückbank sind Schokoflecken und Kekskrümel von irgendwelchen Kindern, die ich mitgenommen habe und vorne ist die Fußmatte voll Dreck von den Schuhen des Beifahrers und am Ende kommt auch noch jemand mit einem Hund an und will mitgenommen werden."

Ja, es gibt sicherlich viele, die (noch) so denken. Es gibt aber auch die anderen, auch aus der Industrie, die bereits die neuen Möglichkeiten einkalkulieren.

In der Carsharing Flotte von DriveNow (BMW & Sixt) jedenfalls ist flinc schon auf den Bordnavis installiert und man kann spontan entscheiden, ob man jemanden mitnehmen will. Dazu werden Anfragen von Leuten eingeblendet, die gerade nach einer Mitfahrgelegenheit suchen. Man kann sich vom Navi dorthin leiten lassen, wo der Mitfahrer wartet und dieser wird automatisch informiert, wann man bei ihm ist. Das schöne ist, dass man Leute auch eine Teilstrecke mitnehmen kann. Das System schlägt auch einen Betrag vor, den der Fahrer bekommt. Über das Anlegen eines persönlichen Profils und einer Bewertungsfunktion wird zusätzliches Vertrauen aufgebaut.

Trotzdem, Ängste und auch liebgewordene Gewohnheiten wollen erst einmal abgebaut sein, bevor sich Menschen auf Neues einlassen. Den Anstoß, sich bei einem solchen Mitfahrsystem anzumelden, wird leider nur in seltenen Fällen ein Zeitungsartikel wie dieser liefern. Es ist ja nicht die Information, an der es uns mangelt. Es zeigt sich, dass es das eigene Erfahren und von Mensch zu Mensch geführte Gespräche sind, die eine Veränderung bewirken.

Probieren Sie mal....

Die Atmosphäre zum Gemeingut machen

Die Leipziger Degrowth-Konferenz diskutierte Wege in eine Welt jenseits des Wirtschaftswachstums *- von Amata Schneider-Ludorff*

Direkt auf die Straße gesprayte Graffiti in der Leipziger Fußgängerzone verkündeten im September ebenso mysteriös wie verheißungsvoll: „Gutes Leben für alle: degrowth 2014". Wie global ein gutes Leben für alle möglich ist, und zwar unter Bedingungen von weniger Konsum und Produktion in reichen, frühindustrialisierten Ländern wie Deutschland, war dann auch ein paar hundert Meter weiter in der Leipziger Universität die zentrale Frage, mit der sich über 2000 Teilnehmende der seit 2008 regelmäßig an unterschiedlichen Orten international tagenden Degrowth-Konferenz intensiv in zahllosen parallelen Workshops, Panels und Vorträgen vier Tage lang beschäftigten.

Auf der Konferenz, die von einem sehr jungen, basisdemokratischen Orgakreis von circa 70 Aktiven organisiert und von einer Vielzahl von Organisationen – von wissenschaftlichen Einrichtungen und Think Tanks über politische Stiftungen bis hin zu BUND, Brot für die Welt oder Misereor – unterstützt und ausgerichtet wurde, diskutierten Teilnehmende immer wieder kontrovers über Wege in die Postwachstumsgesellschaft. Dabei waren sie sich aber weitgehend einig, dass eine auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaft in einer Welt radikal endlicher Ressourcen auf Dauer weder allen Menschen Lebensqualität noch überlebenswichtige ökologische Grundlagen sichern kann.

Besonders drastisch verdeutlichte Anke Schaffartzik vom Institut für Soziale Ökologie der Alpen-Adria Universität mit ihrer Analyse des globalen Verbrauchs von mineralischen, fossilen und Biomasse-Ressourcen, von denen nur letztere erneuerbar sind, deren absolute Begrenztheit. Sie zeigte zunächst auf, dass die Einwohner_innen der frühindustrialisierten Länder mit ihrem Lebensstil 15 Tonnen jährlich an Ressourcen verbrauchen – doch nur 7 Tonnen wären mit einer langfristigen Erhaltung menschlicher Lebensgrundlagen vereinbar. Konsequenz daraus ist nicht nur, dass bereits ein „Aufholen" der Länder des globalen Südens mit den reichen Ländern nicht möglich ist, sondern mehr noch, dass die frühindustrialisierten Länder die Hälfte ihres Ressourcenverbrauchs bis 2050 einsparen müssen.

„Wir sitzen in einem Zug, der auf einen Abgrund zurast", so Schaffartzik in Anlehnung an Soziologin Harriet Friedman. Was wir brauchten seien daher nicht kleine, schrittweise Änderungen, also sozusagen das Umsteigen von der ersten in die zweite Klasse, sondern eine große systemische Transformation: „Sonst werden einige von uns herausfinden, was es bedeutet, am Boden des Abgrunds zu leben."

Von Initiativen für Windräder zum Selberbauen zu Projekten zur Abfallvermeidung und Wiedernutzung, von der Kompostklo-Bauanleitung zu Strategien gegen Privatisierungen: Auf die immense Herausforderung des Ausstiegs aus der Wachstumsgesellschaft antwortete die Konferenz einerseits mit vielerlei konkreten, optimistischen, oft bereits lokal umgesetzten Projekten. Gleichzeitig fragten Teilnehmende aber auch immer wieder, wie eine Gesellschaft beschaffen sein muss, die auf die Befriedung von Bedürfnissen und nicht auf die Anhäufung materieller Güter und die Vermehrung von Kapital ausgerichtet ist.

Foto: Eva Mahnke, CC BY-SA

Gemeingüter werden gemacht

Eine der zentralen Ideen der Konferenz, nämlich die der „Commons", wurde von der Autorin und Aktivistin Silke Helfrich bereits im Eröffnungspanel erläutert. „Commons", also Gemeingüter, sind für Helfrich nicht wirklich vorfindbare Güter, sondern sie müssen erst gesellschaftlich hergestellt werden. So sei zum Beispiel die Atmosphäre, die wir vorfinden, bloß eine Ressource, zu der jeder ungeregelt Zugang hat – und die deshalb übernutzt wird. Erst wenn wir sie gesellschaftlich bewusst gestalten und drei Bedingungen einhalten, argumentierte Helfrich, nämlich gleichberechtigten Zugang, Erhaltung für künftige Generationen und ein Erweitern eigener Möglichkeiten ohne die Beschränkung anderer, wird auch die Atmosphäre endlich zum Gemeingut.

Sowohl im Programm, in dem theoretische wissenschaftliche Vorträge ebenso vorkamen wie konkrete praktische Projekte, die bereits im Kleinen gesellschaftliche Alternativen und bedürfnisorientiertes, ressourcenschonendes Handeln vorleben, als auch in der Organisation der Konferenz selbst zeigte sich, dass es der Degrowth-Konferenz nicht nur ums Reden, sondern auch ums Handeln ging. So war beispielsweise das Gemüse für die von einer Volxküche angebotenen veganen Mahlzeiten eigens für die Konferenz angebaut worden, und dreimal täglich wurden Teilnehmende rekrutiert, die beim Abwasch halfen.

Dem Oldenburger Wachstumskritiker und Volkswirt Niko Paech ging das alles aber längst nicht weit genug, als er einforderte, dass jedes Individuum persönlich beginnen müsse, den eigenen Ressourcenverbrauch drastisch zu reduzieren. Paech, der selbst kein Auto und kein Handy besitzt, nicht fliegt und aufhört zu reisen, wenn sein Energiebudget ausgeschöpft ist, provoziert gern damit, dass die Energie- und Ressourcenbilanz der meisten Wachstumskritiker_innen auch nicht viel besser aussieht als die des Durchschnitts. Während sein in vielem mit ihm übereinstimmender Kontrahent Clive Spash, Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, nicht sehen konnte, wie solch persönliche Abstinenz denn zu systemischem Wandel führen könne, wollte Niko Paech dagegen wissen, wie ohne die persönliche Bereitschaft, mit massiver Ressourcenreduktion zu leben, überhaupt Mehrheiten für eine gesellschaftliche Änderung vorstellbar seien.

Ein Fazit

Beantworten konnte die Konferenz diese künstlich anmutende Alternative eher nicht.

Sie selbst aber ist vielleicht schon ein Teil derjenigen konkreten Projekte, die uns heute bereits aufzeigen, wie wir in Zukunft anders leben können.

Lösungen kommen aus der Nische

Ein Interview über lösungsorientierten Journalismus als Gastbeitrag - *von Jens Brehl*

Während in den Medien Skandale und Krisen an prominenten Stellen und zu den besten Sendezeiten präsentiert werden, mangelt es meist an Lösungsvorschlägen. Hartnäckig hält sich der Glaubenssatz, nur schlechte Nachrichten seien gute Nachrichten. Dr. Uwe Krüger von der Universität Leipzig Journalistik beschäftigt sich nicht nur mit dem Warum, sondern setzt sich darüber hinaus für einen lösungsorientierten Journalismus ein.

Jens Brehl: Was ist lösungsorientierter Journalismus und was kann er leisten?

Dr. Uwe Krüger: Wer den ganzen Tag nur mit Problemen konfrontiert ist, sieht bald nur noch schwarz. Der lösungsorientierte Journalismus hat daher soziale und ökologische Innovationen der Zivilgesellschaft im Fokus. Er kann aus der Resignation herausführen, indem er Menschen grundsätzlich dafür öffnet, dass es Lösungsansätze und engagierte Leute gibt.

Was lösungsorientierter Journalismus nicht leisten kann, sind direkte große Veränderungen im Bewusstsein und in der Lebensweise der Leute. Nicht gleich der erste Bericht über unmenschliche Methoden bei der Produktion von Billigfleisch macht mich zum Vegetarier, und auch eine sozio-ökologische Wende braucht ihre Zeit. Aber über die Jahre hinweg können lösungsorientierte journalistische Beiträge neue Themen ins öffentliche Bewusstsein rücken.

Jens Brehl: Was sind die typischen Stolpersteine?

Uwe Krüger: Journalisten sollten nicht aus Übereifer Dinge beschönigen und Projekte hochjubeln, sondern auch kritisch hinterfragen und Schwachstellen thematisieren. Das Schema „Hier ist das Problem, und das ist die Lösung und alle werden glücklich“ ist zu simpel. Wir leben in einer multikausalen Welt, in der alles mit allem verbunden ist.

Für lösungsorientierte Journalisten gelten die gleichen Regeln wie für problemorientierte: fundierte Recherche und Faktentreue. Sie sollten sich nicht zu sehr für die jeweilige Sache engagieren und einbinden lassen, denn dann kommen fast automatisch Scheuklappen, Denkverbote und Sprachregelungen ins Spiel. Wichtig ist es, sich von Werbung und PR deutlich abzugrenzen.

Generell ist es aufwendiger, sich mit Lösungsbeiträgen zu befassen, denn druckreife Inhalte kommen zurzeit nicht von den Nachrichtenagenturen. Alle Berichte müssen durch die Redaktion oder freie Mitarbeiter recherchiert und erstellt werden, wobei diese auch über das Hintergrundwissen und die nötigen Kontakte zu Akteuren verfügen müssen. Das alles kostet Zeit und Geld, was durchaus ein Hindernis sein kann – denn an beidem mangelt es in vielen Medienhäusern.

Jens Brehl: Warum ist die Maxime nur schlechte Nachrichten seien gute Nachrichten in der Medienwelt so stark verwurzelt?

Uwe Krüger: Seit Urzeiten sind wir Menschen darauf gepolt, unsere Umgebung nach Problemen und Gefahren abzusuchen, vor denen wir uns schützen müssen. Daher konzentrieren wir uns häufig auf negative Aspekte oder sie fallen uns als erste auf.
Zudem gibt es bei Journalisten auch Berührungsängste, sich mit Lösungen zu beschäftigen, denn das klassische Rollenverständnis heißt: Ich bin neutraler Beobachter und mache auf Missstände aufmerksam, für die Lösung sind andere zuständig.

Viele Berichterstatter möchten sich auch ungern aus dem Fenster lehnen, wenn eine Idee oder ein Projekt Neuland betritt und es keine Erfolgsbeispiele oder wissenschaftliche Studien darüber gibt. Oft engagieren sich in den Initiativen unbekannte Personen aus der Zivilgesellschaft, die mitunter auch als Spinner abgetan werden können.

Jens Brehl: Wie ist es in Deutschland um den lösungsorientierten Journalismus bestellt?

Uwe Krüger: In der Wochenendausgabe der taz gab es beispielsweise von April 2013 bis Oktober 2014 die feste Rubrik „Fortschritt“ über zwei Seiten, was mich grundsätzlich hoffen lässt. Die zarte Pflanze des lösungsorientierten Journalismus wächst aber eher in der Nische der Special Interest-Magazine, wie Oya, enorm oder Humane Wirtschaft. Bei etablierten Verlagen bewegt sich wenig.
So lange etablierte Medien Lösungsansätze größtenteils ignorieren, entstehen als Gegenreaktion Medien mit speziellem Fokus darauf. Dabei könnten gerade klassische Zeitungen, die an Auflage verlieren, mit Lösungsjournalismus wieder Leser gewinnen. Es gab beispielsweise drei Sonderausgaben der taz mit solchen „good news“, die sich am Kiosk überdurchschnittlich gut verkauft haben.

Jens Brehl: Welchen Beitrag können Bürgerjournalismus-Projekte wie die AGORA leisten, um den lösungsorientierten Journalismus zu stärken?

Uwe Krüger: Klassische Leitmedien haben den Anspruch, vor allem den Elitendiskurs abzubilden. Daher berichten sie bevorzugt aus den diversen Machtzentralen und sind stets auf der Suche nach Statements einflussreicher Persönlichkeiten – die wiederum kaum Interesse an systemischen Veränderungen haben, weil sie vom gegenwärtigen Gefüge profitieren. Dadurch werden Systeme und Diskurse – bewusst oder unbewusst – gefestigt und kaum hinterfragt. Der Keim der Veränderung kommt daher nicht aus dem Elitenmilieu. Fundamentale Kritik und gelebte Alternativen finden sich eher bei Graswurzelbewegungen. Daher ist auch der Bürgerjournalismus ein wichtiger Schlüssel, um Lösungsansätze in den Medien zu präsentieren.

Jens Brehl: Vielen Dank für das Gespräch.

Dr. Uwe Krüger
Foto: Olivia Jasmin Czok / Uni Leipzig

Demokratie.

„Das große Ja“ - von Christoph Quarch

Im Traum erschien mir eine Frau. Sie schien mir übel zugerichtet. Der Glanz der Haare war verblichen, der Blick war leer, sie schien entehrt. Ich fragte sie nach ihrem Namen. Sie nannte ihn: Demokratie. Und dann begann sie laut zu klagen: Geschändet habe man ihr Ansehen. Man treibe Spott mit ihrem Namen und buhle nun mit ihrer Schwester, der höchst gemeinen Tyrannei, die sich mit ihrem Namen schmücke. In China, Russland, im Iran, in Donezk und … sogar in Deutschland. Mich schauderte als ich dies hörte…
Warum der poetische Einstieg? Um ein unangenehmes Thema zu platzieren: die Sorge um die Demokratie. Mir scheint tatsächlich, dass es Not tut, ein paar Gedanken auf dieses Thema zu verwenden. Denn zu viel Schindluder wird nach meinem Dafürhalten mit dem Wort Demokratie getrieben. Besonders dort, wo sich de facto Diktaturen wie die Türkei, China oder Russland als Demokratien präsentieren und stolz darauf verweisen, dass man ja „freie Wahlen“ abgehalten habe. Selbst wenn die Wahlen frei sein sollten, ist das aber mitnichten ein hinreichender Grund dafür, Länder wie diese als Demokratie zu bezeichnen. Denn Demokratie ist keine Herrschafts-, sondern eine Kulturform.
Ein wirkliches demokratisches Gemeinwesen erkennt man daran, dass es jedem seiner Bürgerinnen und Bürger – prinzipiell – die Regierungskompetenz zutraut. So wie die Begründer der Demokratie in Athen, die einige der wichtigsten politischen Ämter per Losentscheid vergaben. Das geht heute nicht mehr, aber ein wirklich demokratisches Gemeinwesen erkennt man daran, dass es nach Kräften dafür Sorge trägt, durch politische Bildung und Kulturpflege seine Leute dazu zu befähigen, politische Funktionen übernehmen zu können. Demokratie bedeutet: eine offene, freie und engagierte politische Kultur. Ohne das sind „freie Wahlen“ nichts anderes als perfide Legitimationsmechanismen für Diktaturen.
Was hat das mit uns zu tun? Mehr als man glaubt. Denn um die politische Bildung und Kultur ist es auch bei uns nicht zum Besten bestellt. Schlimmer noch: Wir meinen genau daran sparen zu können und setzen an ihre Stelle – bestenfalls – pseudopolitische Unterhaltungsveranstaltungen im Fernsehen (bei denen man dann „voten“ darf). Das ist keine Demokratie. Denn hier geht es nicht darum, was dem Gemeinwesen dient, sondern wer Recht behält. Was dann solche unselige Gestalten wie Claus Weselsky (GDL-Vorsitzender) hervorbringt, der zwar dauernd seine „demokratischen Rechte“ im Munde führt, jedoch nichts davon aufweist, was wesentlich wichtiger ist: demokratische Tugenden: die Tugend des Maßhaltens, der Verhältnismäßigkeit, der Kompromissfähigkeit – vor allem aber der Gemeinwohlorientierung. Nichts von alledem. Nein: Man will - ganz „demokratisch“ Recht behalten.
So tut man der Demokratie keinen Dienst. Demokraten wollen nicht Recht behalten, sondern der Gemeinschaft dienen. Ihnen geht es um die Harmonie des Gemeinwesens und nicht um die Legitimation von Herrschaft. Einmal mehr zeigt sich, wie wichtig es – gerade heute – ist, sich mit den eigenen Ursprüngen zu verbinden – in diesem Fall mit Athen, wo man zumindest ganz am Anfang darauf baute, dass Bildung erst den Bürger macht und dass sie es ist, die in der Demokratie die Herrschaft inne hat. „Von Athen lernen“ ist mehr als nur das Motto der nächsten documenta – es ist politisches Programm.

Hinweis zur Charity-Aktion „Ich lese, also helfe ich“ zum Taschenbuch “Das große Ja. Ein philosophischer Wegweiser zum Sinn des Lebens” von Christoph Quarch:

Der Autor stiftet sein Autorenhonorar der Peter-Hesse-Stiftung (www.solidarity.org).
Mit jedem verkauften Buch wird dadurch Kindern in Haiti unter anderem durch die Gründung von Montessori Schulen geholfen.

AGORA
FULDA

ZEITUNG FÜR MEINUNGSVIELFALT,
KREATIVE KRITIK UND SATIRE

Impressum

Herausgeberkreis und Redaktionsteam (V.i.S.d.P.):
Felix Döppner, Katja Ecker, Elisabeth Rammler, Walter M. Rammler, Martin Uebelacker

Die Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes.

Postanschrift:
Felix Döppner, Löherstr. 24, 36037 Fulda (Ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen)

Auflage 3.000 Exemplare

Druck: Megadruck.de, Westerstede

Erscheint dreimonatlich, wird kostenfrei verteilt.

Die Rechte für die Nutzung von Artikeln oder Bildern können über das Redaktionsteam angefragt werden.

E-Mail: redaktion@agora-fulda.de

Internet: www.agora-fulda.de

Auf unserer Homepage finden Sie die komplette Ausgabe zum Download.

Facebook: www.facebook.com/AGORAFD

Teilen Sie uns mit Ihren Freunden und laden diese zu uns ein.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder andere Zusendungen. Namentlich genannte Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Der folgende Beitrag von Suria Reiche zum Thema „Aspartam“ hat innerhalb des Redaktionsteams zu einer intensiven Diskussion geführt, welche Verpflichtung zur Recherche und zum Nachweis von Quellen wir bei eingereichten Artikeln geltend machen wollen und können. Der Artikel erscheint nun in der von der Autorin gewählten Form und wir bitten die Lesenden wie immer, sich selbst weiter zum Thema zu informieren und sich eine eigene Meinung zu bilden. Wir erkennen an, dass die Autorin sich brennend für das Thema interessiert und der Marktplatz gerade ja auch für vielfältige Meinungen und Themen steht, als Einladung, nachzuhaken, nachzufragen, mitzumachen.

Aspartam und Co. - süßes Gift im Supermarktregal

Ein Gastbeitrag - *von Suria Reiche*

Beim Griff zu Light-Produkten, Kaugummis oder zuckerfreien Fruchtsäften denken wir oft nur an eins: Lebensmittel mit wenigen Kalorien und der Aufschrift „Ohne Zuckerzusätze“ sind gut für unseren Körper. Was aber, wenn das gar nicht stimmt? Wenn künstliche Süßstoffe sogar gefährlich für uns sind?

Bis Mitte der siebziger Jahre stand auf der Liste des CIAs ein potentielles Mittel zur biochemischen Kriegsführung. Es hieß Aspartam. Genauso wie der Zuckerersatzstoff, der uns oft auf den Verpackungen von Light-Produkten, Kaugummis und Co. begegnet.
Warum? Weil es ein und dasselbe Produkt ist. Nur dass früher damit eben vorsätzlich Schäden angerichtet wurden und es heute als Ersatz für den „bösen Zucker“ verwendet wird.
Aspartam besitzt die 200-fache Süßkraft von Zucker. Das macht es bei körperbewussten Menschen oder auch Diabetikern beliebt. Im Vergleich zu Saccharin oder Cyclamat hat es nämlich einen dem Zucker sehr ähnlichen Geschmack, aber kann in so geringen Mengen verwendet werden, dass mit ihm erheblich weniger Kalorien zu sich genommen werden.
Soweit zu den Vorteilen, von denen die meisten wissen. Was jedoch nur den wenigsten bewusst ist, ist, dass Aspartam verantwortlich für fast 100 dokumentierte Nebenwirkungen wie Kopfschmerzen, Depressionen, aber auch Multiple Sklerose ähnliche Symptome, für Epilepsie, Parkinson, Alzheimer und sogar Hirntumore sein kann.

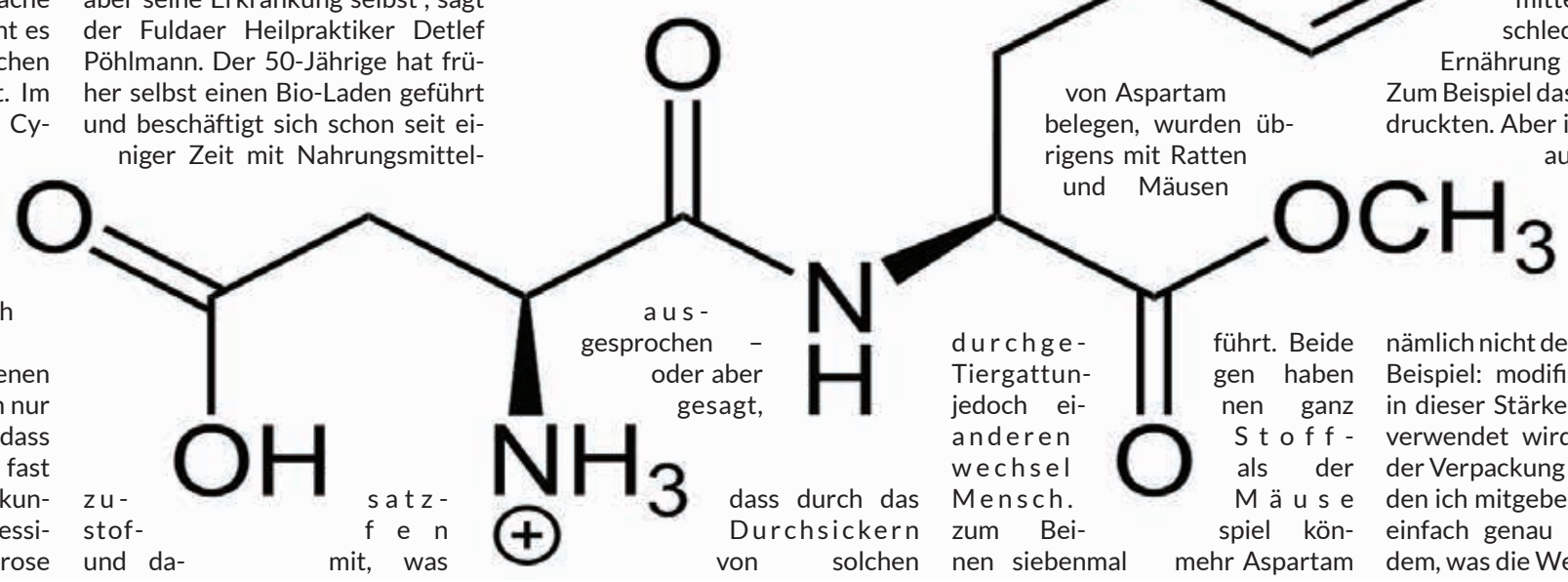
Aspartam zerfällt im Körper unter anderem zu einem tödlichen Nervengift

Bei dem Süßstoff, der uns da nämlich untergejubelt wird, handelt es sich um eine Mischung aus den Grundsubstanzen Asparaginsäure, Phenylalanin und Methanol. Im menschlichen Körper zerfällt Aspartam wieder in diese drei Substanzen. Und genau hier beginnt die Katastrophe. Während Asparaginsäure in hohen Mengen schwere chronische neurologische Störungen anrichten kann, wird Methanol vom Körper abgebaut. Klingt gut, was am Ende dabei herauskommt, sind jedoch Formaldehyd (Formalin) und Ameisensäure. Übrigens: Formalin ist ein tödliches Nervengift und wird vom Körper angesammelt und nicht abgebaut. Folgen einer übermäßigen Einnahme von Methanol sind Kopfschmerzen, Ohrensausen, Übelkeit, Müdigkeit, Taubheit, Gedächtnislücken, aber auch verschwommenes Sehen, Zerstörung der Netzhaut oder gar Blindheit. Auch Ameisensäure ist gefährlich für uns, wenn sie in unseren Blutkreislauf gerät.

Obacht bei Produkten mit dem Aufdrucken „Light“, „Wellness“ oder „Zuckerfrei“

„Man denkt, man nimmt etwas Gutes zu sich, etwas mit weniger Kalorien, von dem man abnimmt. Tatsächlich bastelt man sich aber seine Erkrankung selbst“, sagt der Fuldaer Heilpraktiker Detlef Pöhlmann. Der 50-Jährige hat früher selbst einen Bio-Laden geführt und beschäftigt sich schon seit einiger Zeit mit Nahrungsmittelzusatzstoffen und damit, was uns die Industrie darüber verschweigt. Und das ist eine Menge: Es ist noch nicht allzu lange her, da gab es nämlich eine Studie des Ramazzini-Instituts für Krebsforschung in Bologna, die einige Gefahren von Aspartam nachgewiesen hat. Der US-Chemie-Gigant Monsanto hat darauf reagiert, und auf einmal gibt es kein Aspartam mehr. Aber siehe da: Es ist doch noch in den Produkten enthalten, nur plötzlich unter dem Namen Amino Sweet. Alles, was die Industrie also getan hat, nachdem bekannt wurde, wie gefährlich Aspartam für den menschlichen Organismus sein kann, ist, ihm einen anderen Namen zu geben. Weitere Synonyme für den süßen Zuckerersatz sind Equal, Spoonfull, Canderel, Sanecta, Nutrasweet oder einfach E951.
Die Schäden, die der Zuckerersatz anrichtet, entstehen schleichend.

Hört man Pöhlmann zu, geht es noch weiter: „Es ist ein Trugschluss, zu denken, man könne mit Aspartam abnehmen. Im Gegenteil: Man blockiert damit das Gewebe und den Stoffwechsel, weil der Körper nichts damit anfangen kann - und nimmt zu statt ab.“
Aspartam hat viele Verstecke. Außer in Light-Produkten befindet es sich des Öfteren auch in Tafelsüßstoffen, Fruchtsäften, zuckerfreien Halsbonbons und in so gut wie jedem Kaugummi. Nun gibt es sicher viele, die denken, ich kaue mein ganzes Leben lang Kaugummi und trinke Cola Light, und passiert ist mir noch nichts. Denen sei an dieser Stelle entweder ein Glückwunsch ausgesprochen – oder aber gesagt, dass durch das Durchsickern von solchen Giften durch die Bluthirnschranke ins Gehirn (und das ist möglich, da sie durch viele chronische und akute Zustände geschädigt sein kann, und besonders bei Kindern ist sie noch nicht vollständig ausgeprägt) die Neuronen zerstört werden. Das passiert langsam. Eine große Mehrheit der Nervenzellen in einem bestimmten Teil des Gehirns kann absterben, noch bevor klinische Symptome einer Krankheit überhaupt bemerkt werden können.



„Wenn der Mensch nicht gesund wird, verdient die Industrie an ihren Medikamenten“

Aber warum wird die gefährliche Substanz Aspartam eigentlich nicht verboten, wenn sie so viele Risiken birgt? Auch dafür hat Pöhlmann eine Erklärung: „Die Industrie sitzt da am Drücker und droht damit, Arbeitsplätze aufzugeben. Dadurch werden Gesetze erlassen und Mindestmengen angehoben.“ Und was hat die Industrie davon? „Umsatz. Das ist alles, worum es in dieser Welt geht.“
Dazu komme, dass Firmen wie Monsanto, die unter anderem mit Medikamenten ihr Geld verdienen, in den oberen Rängen sitzen. „Die sind natürlich intelligent. Wenn der Mensch nicht gesund wird, verdienen sie an ihren Pharma-Produkten.“
Studien, die die Unschädlichkeit von Aspartam belegen, wurden übrigens mit Ratten und Mäusen durchgeführt. Beide Tiergattungen haben jedoch einen ganz anderen Stoffwechsel als der Mensch. Mäuse zum Beispiel können siebenmal mehr Aspartam zu sich nehmen, um einen vergleichbaren Anstieg von Phenylalanin im Blutplasma aufzuweisen.

„In Deutschland wird geglaubt, was in den Medien gesagt wird“

Die einzige Chance, die die Menschheit laut Pöhlmann habe, das zu stoppen, sei, zu sagen: Da machen wir nicht mehr mit. „Dafür müssten aber erstmal viel mehr Menschen dieser Sache Gehör schenken. Aber in Deutschland ist das schwierig. Es wird geglaubt, was in den Medien gesagt wird, und der gesunde Menschenverstand wird oft einfach ausgeschaltet.“ Dabei hätten es die Verbraucher selbst in der Hand: „Wenn ich das Produkt nicht kaufe, wird es nicht weiter produziert.“ Warum es Stoffe wie Aspartam überhaupt in unsere Lebensmittel geschafft haben, ist für Detlef Pöhlmann übrigens völlig unverständlich. „Wir sind der Meinung, dass es nicht die Natur selbst ist, die etwas perfekt herstellt. Und deswegen bearbeiten und verschlimmern wir es immer weiter.“

Zum Nachrechnen: Der ADI (Acceptable Daily Intake – Täglich akzeptable Dosis) von Methanol ist 7,8 Milligramm pro Tag. Ein Liter eines mit Aspartam gesüßten Getränks enthält ca. 56 Milligramm Methanol.

Und das empfiehlt der Heilpraktiker: Kaufen Sie so naturbelassen wie möglich. Je mehr Verarbeitungsprozesse schon an den Lebensmitteln waren, desto schlechter. Eine gesunde Ernährung bedeutet Arbeit. Zum Beispiel das Lesen des Kleingedruckten. Aber informieren Sie sich auch darüber hinaus. Was in der Vorstufe zu dem, was es ins Lebensmittel schafft, verwendet wird, muss nämlich nicht deklariert werden. Ein Beispiel: modifizierte Stärke. Was in dieser Stärke an Säuren und Co. verwendet wird, erfahren Sie auf der Verpackung nicht. Ein Prüfstein, den ich mitgeben kann: Machen Sie einfach genau das Gegenteil von dem, was die Werbung sagt.

Muss ich nämlich für einen gesunden Apfel Werbung machen?

Bild im Text: Aspartam als Molekül. Bildquelle: „Aspartame“ von Yikrazuul @wikipedia.org

Das Ende der industriellen Tierhaltung?

Ein Tierhaltungsverbot aus Sachsen-Anhalt setzt Zeichen - eine Pressemitteilung der AbL

Hamm/ Berlin, Dezember 2014: Die Behörden in Sachsen-Anhalt haben den agrarindustriellen Schweinehalter Straathof mit einem Tierhaltungsverbot belegt. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) begrüßt diesen Schritt ausdrücklich. „Dies ist ein sehr positives Signal für unsere Forderung Bauernhöfe statt Agrarfabriken. Industrielle Tierhaltung ist Tierquälerei und wer nachweislich Tiere quälen lässt, hat in der Haltung und Betreuung von Nutztieren nichts zu suchen. Wir hatten deshalb neben anderen Verbänden auch Strafanzeige gegen Straathof gestellt“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V. in einer ersten Stellungnahme.

Janßen weiter: „Die Verantwortlichen in der Agrarpolitik müssen aus dem Fall Straathof Konsequenzen ziehen. Statt weiter mit Steuergeldern eine industrielle Tierhaltung zu fördern, die von großen Teilen der Gesellschaft abgelehnt wird, sollte alles für die Sicherung und Schaffung bäuerlicher Betriebe mit Tierhaltung getan werden. Im NEULAND-Programm für eine artgerechte und umweltschonende Nutztierhaltung leisten AbL-Bauern seit über 20 Jahren praktische Pionierarbeit im vernünftigen Umgang mit Tieren, u.a. mit Haltung auf Stroh, Auslauf und einheimischen Futtermitteln. In diesem Programm sind auch Tierbestandsobergrenzen festgelegt, bei Schweinen z.B. 150 Sauen, 950 Mastschweineplätze. Der Zwang zum Wachsen oder Weichen in der Landwirtschaft muss gestoppt werden. Deshalb ruft die AbL mit über 50 Verbänden aus Landwirtschaft, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz, Dritte Welt-Organisationen und Globalisierungsgegnern erneut zu einer Großdemonstration am 17. Januar 2015 anlässlich der Internationalen Grünen Woche in Berlin auf. Schwerpunktthemen: Stoppt Megaställe und Gentechnik, stoppt die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Für Bauernhöfe statt Agrarindustrie!“

Energiewende braucht aktive Bürger

Interview mit Ursula Sladek auf dem ersten Bürgerenergie-Konvent in Fulda - von Jens Brehl

Ursula Sladek, Stromrebellin und Mitbegründerin des Ökostromversorgers EWS Schönau, zieht sich zum Jahresende aus dem aktiven Geschäft zurück. Demnach ist es ein guter Zeitpunkt, mit ihr über Glaubwürdigkeit, die treibende Kraft hinter der Energiewende, erforderlichen Pioniergeist und den nahenden Ruhestand zu sprechen. Zumal sie am 17. und 18. Oktober 2014 am ersten Bürgerenergie-Konvent in Fulda teilgenommen hat.

Jens Brehl: In Ihrem Vortrag erwähnten Sie, dass Sie sich freuen, wenn Ihre Kunden so wenig Strom wie möglich verbrauchen. Ist das nicht geschäftsschädigend?
Ursula Sladek: Unser erstes Projekt nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl war das Stromsparen. Heute als Energieversorger möchten wir einen aktiven Beitrag zur Energiewende leisten, wobei uns besonders wichtig ist, dass unsere Kunden auch mit dem Ökostrom sorgsam umgehen.
Natürlich verdienen wir dann pro Kunde weniger, aber auf der anderen Seite verleiht uns das so viel Glaubwürdigkeit, dass wir gerne weiterempfohlen werden. Wir wachsen dadurch jedes Jahr kontinuierlich und haben immer schwarze Zahlen geschrieben.
JB: Wer ist in Ihren Augen die treibende Kraft bei der Energiewende?
US: Das sind ganz klar die Bürger. Sie haben anders als die großen Energieversorger und die Bundesregierung schon viel früher die Zeichen der Zeit erkannt, sich aktiv für eine Energiewende eingesetzt und erste Projekte initiiert. Heute stammen annähernd 30 Prozent des deutschen Stroms nicht mehr aus Kohle- oder Atomkraft. Angesichts dieser Erfolgsgeschichte müsste die Bundesregierung stolz auf ihre Bürger sein.
JB: In Ihrer Heimat Schönau haben Sie 1997 das Stromnetz übernommen. War es damals einfacher als heute Bürgerenergie-Projekte zu starten?
US: Früher war es sicher einfacher. Heute wäre es als Bürgergesellschaft gar nicht mehr möglich, das Stromnetz zu übernehmen, denn mittlerweile gibt es dazu eine wahre Litanei an Vorschriften. Eine Bürgergesellschaft könnte das alleine unmöglich stemmen.
Auch einzelne Energieprojekte sind durch das geänderte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) schwieriger umzusetzen. Demnächst müssen neue Anlagen ausgeschrieben werden, wodurch kleinere Unternehmungen im Nachteil sind.
JB: Haben Sie Ihren Pioniergeist trotzdem noch behalten?
US: Ja, natürlich! Auch wenn die Bundesregierung sich die Energiewende auf die Fahne geschrieben hat, gibt es für uns Bürger noch viel zu tun. Gerade jetzt ist es wichtig zu zeigen, dass wir für das Gelingen der Energiewende unverzichtbar sind.
Jeder Einzelne kann sich dabei aktiv einbringen. Am einfachsten ist es, zu einem echten Ökostromanbieter zu wechseln und damit seinen persönlichen Ausstieg aus fossiler Energie und Atomkraft zu vollziehen. Auch kann man sich bei Energie-Genossenschaften einbringen oder vielleicht auch auf dem eigenen Dach eine Photovoltaikanlage installieren.
Zudem ist die politische Arbeit wichtig, auch wenn man glaubt, die Politiker machen, was sie wollen. Würden alle paar Wochen Hunderttausende in Berlin für die Energiewende demonstrieren, müssten sich auch die Politiker stärker bewegen. Leider sind die Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen rückläufig. Am Ende müssen die Menschen jedoch verstehen, dass es um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel geht.

Ursula Sladek auf dem Konvent in Fulda (Foto: Jens Brehl, CC BY-NC-SA 4.0)

Zudem macht es Spaß, sich zu engagieren, da man sich dann nicht mehr machtlos fühlt.
JB: Was sind momentan die größten Herausforderungen für die EWS Schönau?
US: Einerseits sind das die geänderten Rahmenbedingungen des EEG, die natürlich auch unsere Arbeit betreffen. Daneben ist der Bau des neuen Atomkraftwerks im britischen Hinkley Point ein Skandal, den man nicht einfach so hinnehmen kann. Über 35 Jahre garantiert die englische Regierung dem französischen Versorger EDF einen nahezu doppelten Stromabnahmepreis als marktüblich – sogar mit Inflationsausgleich! Die Atomenergie hatte 60 Jahre lang Zeit zu beweisen, dass sie sich wirtschaftlich lohnt und hat dies nicht geschafft. Daher ist es mir ein großes Anliegen, aus Deutschland ein deutliches Zeichen zu setzen, dass es massiven Widerstand gibt.
JB: Zum Ende des Jahren ziehen Sie sich gemeinsam mit Ihrem Mann aus dem Vorstand der EWS Schönau zurück und ihre beiden Söhne Sebastian und Alexander Sladek übernehmen. Wie dürfen wir uns Ihren Ruhestand vorstellen?
US: Mein Mann und ich werden uns auch weiterhin für die Energiewende einsetzen, denn das Thema begleitet uns seit Tschernobyl bereits annähernd 30 Jahre. Aber ich werde es genießen, nicht mehr jeden Tag ins Büro gehen zu müssen – auch wenn wir die EWS Schönau sicherlich unterstützen werden. Es fällt mir aber leicht, loszulassen, weil zwei unserer Söhne in unsere Fußstapfen treten und ich damit weiß, dass die ursprüngliche Vision weitergeführt wird. Somit steht auch in Zukunft die Energiewende an oberster Stelle.
JB: Frau Sladek, vielen Dank für das Gespräch.

Windpark Eichenzell und darüber hinaus

Bei der Energiewende geht es bekanntlich auch um Marktanteile der Stromproduzenten. Die vier Energieriesen (Eon, RWE, Vattenfall und EnBW) hatten sich bis vor ein paar Jahren den Energiemarkt praktisch untereinander aufgeteilt. Die Vorstöße von Stadtwerken und später auch von Privatpersonen und Genossenschaften wurde bis vor kurzen von ihnen belächelt. Doch der Wind hat sich gedreht und Deutschland hat sich auf den Weg gemacht, von einer zentralistischen fossilen zu einer dezentralen erneuerbaren Energiegewinnung. Und zwar unerwartet schnell, so dass sich die Bundesregierung nun gezwungen sieht, die Verschiebung der Marktanteile hin zu vielen mittelständischen Unternehmen, Stadtwerken, Genossenschaften und Privatpersonen zu verlangsamen. Deshalb gab es in diesem Jahr eine Novellierung des EEGs (Erneuerbare-Energien-Gesetz), die vorsieht, dass z.B. auch die Vergütung von Strom, der durch Windkraftanlagen erzeugt wird, in den nächsten Jahren reduziert wird. Außerdem wird es in Zukunft für kleinere Projektierer schwieriger werden, neue Projekte zu erhalten, da sich die Ausschreibungsverfahren zugunsten großer Unternehmen verändern werden.
Dies ist deshalb für den Fall des geplanten Windkraftparks in Eichenzell wichtig, da der Hauptprojektiererin, der SynEnergie (eine Tochterfirma der Rhön Energie) die Zeit davon läuft. Für die Planung der drei Windkrafträder auf Eichenzeller Gebiet hat das Unternehmen bis jetzt etwa eine viertel Million Euro ausgegeben. Der angeschlagene Mutterkonzern drängt darauf, diese Planungen entweder in ein tatsächliches Projekt weiterzuentwickeln oder aber gewinnbringend an ein anderes Unternehmen zu veräußern.
Nun muss man auch wissen, dass die SynEnergie sich mit der Region Osthessen verbunden fühlt und in dem Windpark am Burkhardser Kopf eine Chance sieht, gemeinsam mit möglichst vielen Bürgern vor Ort einen lokalen Wertschöpfungskreislauf aufzubauen. Zusammen mit der Energiegenossenschaft Eichenzell wurde deshalb ein Vertrag eingegangen, der in Fachkreisen deutschlandweit auf Interesse stößt. Denn oft kommen Planer und Bauunternehmer aus anderen Regionen und geben nur in geringem Maße die Anteile an lokale Genossenschaften ab.
Würde das Projekt zustande kommen, würden also mehr Leistungen aus der Region kommen und mögliche Gewinne in der Region bleiben, als anderen Ortes.
Es war bis jetzt geplant, dass die SynEnergie im 1. Quartal 2015 das Genehmigungsverfahren für die möglichen Windkraftanlagen im Bereich des Burkhardser Kopfes einleitet. Ziel ist die Genehmigung der Anlagen bis Ende 2015 und damit anschließend ein Baubeginn und Inbetriebnahme Ende 2016.
Doch der SynEnergie ist es wichtig, die Rückendeckung der Gemeinde zu haben. Zum einen, weil der Landkreis Fulda Miteigentümer des Mutterkonzerns ist. Zum anderen würde man beim Bau der Anlagen Wege der Gemeinde Eichenzell benutzen müssen. Eine gerichtliche Auseinandersetzung diesbezüglich und fehlende Unterstützung aus den Gremien der Gemeinde möchte das Unternehmen tunlichst vermeiden.
Die Fraktionen der Gemeinde tun sich dabei schwer, eine bekennende oder ablehnenden Stellungnahme zum Windpark zu geben. Bürgermeister Kolb und der Gemeindevorstand werden der Gemeindevertretung keine Empfehlung abgeben.
Der Bürgerwindpark wird am 18.12.14 oder spätestens am 29.1.15 auf der Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung stehen. Spätestens dann wird man wissen, welchen Verlauf das Projekt in Eichenzell nehmen wird. Namentlich die Menschen in der Region selbst, oder eben externe Gesellschaften.

Neues von der Wasserkraft in Ziegel

In unserer Sommerausgabe haben wir ausführlich und hoffnungsvoll über das Wasserkraftprojekt in Ziegel berichtet. Dabei haben wir nicht mit dem hartnäckigen Widerstand von Seiten der oberen Wasserbehörde gerechnet. Aus der Mitgliederinformation der Energiegenossenschaft Eichenzell vom Oktober ist diesbezüglich folgendes zu erfahren:
„Mit dem Bau der Wasserkraftanlage bei der Mühle Ziegel kann noch immer nicht begonnen werden. Die obere Wasserbehörde des RP Kassel hat mehrere Varianten der geforderten Fischtreppe, die der von uns beauftragte Ingenieur vorgeschlagen hatte, abgelehnt. Inzwischen hält der RP Kassel eine Variante für genehmigungsfähig, die sowohl vom Besitzer des Wasserrechtes als auch von uns wegen der immensen Ausmaße nicht akzeptiert werden kann."
Wir werden den Verlauf des Vorhabens weiterhin intensiv verfolgen und besonders das Verhalten der Behörde diesbezüglich genau beobachten. Mehr dazu in einer unserer nächsten Ausgaben.

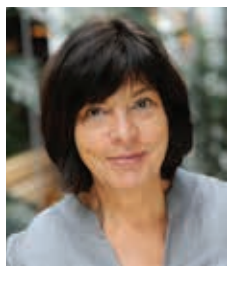
Wasserrad in Ziegel (Foto: AGORA)

EU billigt Subventionen für Atomkraftmeiler in England

Die EU Kommission hat im Sommer, kurz vor der Übergabe an ihre Nachfolger, zwei neue Atommeiler gebilligt. Die Regierung in London darf nun Hilfen für Hinkley Point C von kanpp 20 Milliarden Euro aus Steuergeldern garantieren.
Der Kernkraftwerksstrom soll mit einer festen Vergütung von 92,5 Pfund/MWh (10,9 ct/kWh) im Basisjahr 2012 mit vollem Inflationsausgleich vergütet werden. Das würde bedeuten, dass die Vergütung um 2050 bei über 25 ct/kWh liegen würde. Darin sind nicht enthalten: Versicherungen bei atomaren Unfällen (es gibt nämlich kein Versicherungsunternehmen, das diese Risiken auf sich nehmen will, deshalb zahlt im Ernstfall der Steuerzahler), Rückbaukosten und Kosten für die Lagerung des atomaren Abfalls (Kosten werden von zukünftigen Generationen übernommen). Zum Vergleich: der Strom aus Windkraft wird im nächsten Jahr mit 8,7 c/kWh bei Wiedereinspeisung vergütet.
AGORA hat bei allen vertretenen demokratischen Parteien nachgefragt, ob diese eine Stellungnahme diesbezüglich schreiben wollen. Es ist zu betonen, dass wir auch bei der FDP mehrmals schriftlich und auch telefonisch nachgehakt haben, ohne Erfolg. Ob der Abgeordnete Lambsdorff zu viel Arbeit hat, wir ihm zu klein sind, unsere Anfragen im Orbit verschluckt wurden oder ihm das Thema egal ist, wissen wir nicht und wäre reine Spekulation.

Nur drei Wochen vor dem Ende ihres Mandats hat die Europäische Kommission die staatlichen Subventionen für die Finanzierung des Reaktorneubaus im britischen Atomkraftwerk Hinkley Point durchgewunken und damit die Weichen in der europäischen Energiepolitik neu gestellt. EDF soll nach dem Willen der britischen Regierung für die ersten 35 Betriebsjahre des bisher teuersten AKW einen Festpreis von rund 115 Euro/Megawattstunde (weit über dem heutigen Marktpreis) sowie eine Kreditgarantie über zehn Milliarden Pfund bekommen.
Nach Ansicht der Grünen Fraktion im Europäischen Parlament ist der Fall Hinkley Point C ein Skandal. Er verstößt gegen bestehende Gesetze zum Energiebinnenmarkt und wurde absichtlich in Rekordzeit, verglichen zu anderen Beihilfefällen, durchgeboxt.
Er ist zudem wirtschaftlicher Wahnsinn und untermauert, dass Atomstrom mehr als ein halbes Jahrhundert nach Beginn der kommerziellen Erzeugung nicht wettbewerbsfähig ist – im Gegenteil. Schon heute ist Windkraft an Land günstiger als Atom. Und 2020, wenn der neue Reaktor in England ans Netz gehen soll, werden auch andere Technologien deutlich günstiger sein. In einigen europäischen Ländern, zum Beispiel in Schweden und der Tschechischen Republik, wurden Neubaupläne auf Eis gelegt, weil die wirtschaftlichen Bedenken gewachsen sind.
Die EU Kommission will trotzdem den britischen Steuerzahler und Stromkunden das atomare und das ökonomische Risiko gegen die eigenen heiligen Wettbewerbsregeln zumuten. Dabei geht es nicht nur um Großbritannien. Entscheidet die EU-Kommission zugunsten von Hinkley Point C, dann schafft sie einen Präzedenzfall. Es wäre eine Frage der Zeit, bis die Regierungen anderer EU-Staaten mit ähnlichen Finanzierungsmodellen kämen.
Die europäischen Grünen werden sich weiter gegen diesen Entschluss stemmen und eine Annullierung beim Europäischen Gerichtshof fordern.

Rebecca Harms, MdEP und Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA im Europäischen Parlament



Die Bundesregierung hat nach den Ereignissen in Fukushima den Ausstieg aus der Atomenergie in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen und entspricht damit der Meinung einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung. Innerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wird diese Haltung jedoch nicht ausnahmslos geteilt. Viele Länder, wie z.B. Frankreich oder Großbritannien halten nach wie vor an der Atomenergie fest und planen den Bau von neuen Krenkraftwerken. Welche Energieform priorisiert wird, entscheidet der jeweilige Staat allein. Dies ergibt sich implizit aus Art. 194 AEUV. In die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und der britischen Regierung über die von Ihnen angesprochene beihilferechtliche Fragestellung in Bezug auf das Atomkraftwerk Hinkley Point C war die deutsche Bundesregierung und das Europäische Parlament nicht eingebunden. Diese Verhandlungen sind immer bilateral. Die Einbeziehung weiterer Mitgliedstaaten in die Verfahren ist nicht vorgesehen. Die beihilferechtliche Entscheidung liegt bei der Europäischen Kommission. Die EU-Kommission ist verpflichtet die Interessen aller Mitgliedsstaaten zu vertreten und hat für den Bau des Atomkraftwerkes Hinkley Point C in Großbritannien eine entsprechende Förderung bewilligt.
Ich persönlich und viele Europaabgeordnete der CDU lehnen diese Subventionen allerdings ab. Die „Notwendigkeit“ der Förderung stellt außerdem unter Beweis, dass neue Atomkraftwerke nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Seien Sie versichert, dass wir als Europäisches Parlament die Angelegenheit noch einmal auf ihre Rechtmäßigkeit hin prüfen werden. Dies kann explizit allerdings erst Anfang 2015 geschehen, da erst zu diesem Zeitpunkt ein ausführlicher Bericht der Kommission veröffentlicht wird.
Grundsätzlich würde ich mir wünschen, dass solche Subventionen eher in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert würden.

Thomas Mann
MdEP für die CDU

Ich lehne ebenso wie die Partei DIE LINKE die staatliche Förderung von Atomkraft ab. DIE LINKE setzt sich für einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie ein.
Auf den besagten Fall hat das EU-Parlament leider keinen Einfluss: Die Entscheidung Kernkraft zu subventionieren wurde von der britischen Regierung getroffen. Hier hat gegebenenfalls das britische Parlament ein Mitspracherecht. Auf EU-Ebene überprüft die EU-Kommission, ob eine Subvention rechtens ist oder nicht. Das EU-Parlament ist an diesem Verfahren nicht beteiligt. Das ist eines von vielen Beispielen für den Mangel an Demokratie in der Europäischen Union.
Daher kann ich auf parlamentarischem Wege nichts mehr erreichen. Ich kann die EU-Kommission lediglich nach den Gründen für ihre Entscheidung befragen. Jedoch ist nicht damit zu rechnen, dass sie mehr Auskunft erteilen wird, als in ihrer offiziellen Verlautbarung (http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12746_de.htm) - etwas an der Genehmigung ändern kann es nicht.
Daher heben wir diese Frage auf eine allgemeinere politische Ebene. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die 1957 ins Leben gerufene Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) abgeschafft wird. Obwohl es in der EU keine einheitliche Haltung zur Kernenergie gibt, sind alle Mitgliedstaaten auch Vertragsparteien von EURATOM. Über den Haushalt finanzieren sie Kredite und Subventionen für die Atomwirtschaft, unabhängig davon ob sie Atomenergie nutzen oder sogar den Atomausstieg beschlossen haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Subventionierung der Atomkraft durch die Europäische Union beendet wird. Die Milliardengelder müssen stattdessen in den Ausbau zukunftsfähiger erneuerbarer Energien in Bürgerhand fließen.

Sabine Lösing
MdEP für die Partei DIE LINKE und Mitglied in der Fraktion GUE/NGL

Die EU-Kommission hat am 8. Oktober 2014 die staatliche Beihilfe Großbritanniens für den Bau des umstrittenen Atomkraftwerk Hinkley Point C genehmigt. Ich finde die Entscheidung des EU-Wettbewerbskommissars Joaquin Almunia schlicht und einfach skandalös.
Das grundlegende Problem ist: Die EU-Kommission betrachtet die ganze Angelegenheit ganz klar als ein Wettbewerbsdossier und hat in diesem Zusammenhang entschieden, dass die britischen Maßnahmen zur Förderung des Baus und Betriebs eines neuen Kernkraftwerks mit dem EU-Beihilferecht vereinbar sind.
Ich bin mit dieser Auffassung nicht einverstanden. Für mich ist das grüne Licht der Kommission für maßlose Zugeständnisse beim Bau neuer Atomreaktoren ganz klar auch eine politische Entscheidung, die den Ausbau der Atomenergie fördert und diese unsaubere Energiequelle künstlich am Leben hält.
Der EU-Kommissar für Wettbewerb, Joaquin Almunia, begründet sein Vorhaben mit der Erklärung, dass die seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima erhöhten Sicherheitsanforderungen an Atomkraftwerke so stark angestiegen seien, dass die Betreiber ihre Kosten kaum decken können.
Die Tatsache, dass das Projekt Hinkley Point angewiesen ist auf enorme staatliche Subventionen zeigt doch, dass der Bau und Betrieb von neuen Atomkraftwerken sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch nicht rentabel ist. Gerade deswegen hat Großbritannien vor, das geplante Atomkraftwerk mit staatlichen Beihilfen zu finanzieren. Da die Mitgliedstaaten ihren Energiemix frei festlegen können, hatte sowohl die Europäische Kommission als auch das Europäische Parlament leider keinerlei Mitentscheidungsrecht darüber, welche Form von Energie in Großbritannien - das gilt natürlich auch für die anderen Mitgliedstaten - staatlich subventioniert werden darf.
Anstatt gefährliche Atomenergie fördern zu lassen, sollte die EU-Kommission meines Erachtens den Ausbau erneuerbarer Energie vorantreiben. Wir brauchen eine nachhaltige und saubere Energieversorgung in Europa - nur so kann die EU ihre globale Vorreiterrolle in der Energie- und Klimapolitik behalten.

Martina Werner
MdEP für die SPD

Sobald wir in Europa die Macht übernommen haben, werden wir ein Umsiedlungsprogramm starten. Personen, die sich heutzutage noch für Atomkraft einsetzen - egal, ob man ihnen Korruption nachweisen kann oder nicht - werden nach Fukushima umgesiedelt. Wahlweise Tschernobyl.

Martin Sonneborn
MdEP für die Partei DIE PARTEI

Anna

Eine Kurzgeschichte - *von Sabine Wittich*

Anna hasst es, nach Hause zu fahren. Ihr Elternhaus ist gefüllt mit Streit, Festbraten und Schweigen. Den ganzen Morgen schon hatte sie getrödelt, um den Abreisetermin zu verschleppen. Zweimal hatte sie den Hörer in der Hand um Gerda, ihre Mutter, anzurufen und abzusagen. Aber Anna konnte einfach nicht. Vielleicht konnte sie auch nicht die Vorstellung ertragen, in eine Salve von Vorwürfen und Bittstellungen eingewickelt zu werden. Und das wahrscheinlich für das verdammte nächste Jahr. Sie musste erstmal einen Prosecco trinken. Für den Kreislauf, für das Befinden und den Mut, gleich ins Auto zu steigen und endlich loszufahren. Die Treppen knarrten zum Abschied, als sie ihre herrschaftliche Altbauwohnung verließ. Sie huschte noch einmal in die Apotheke, die gleich parterre unter ihrer Wohnung lag. Seit mehr als hundert Jahren war sie nun im Familienbesitz, klar wurde sie Pharmazeutin, was sonst. Ihr Vater hatte es so beschlossen, vielleicht sogar schon der Großvater oder der Urgroßvater. Die Apotheke wirkte unbeleuchtet fast wie eine Bar. Eine freundliche Pappfigur winkte Anna aus dem Schaufenster zu. Man könnte am Tresen fast ein Bier bestellen und die Regale ebenso gut mit Spirituosen füllen. Anna war beschämt amüsiert, sie hatte wohl einen kleinen Schwips.

Es roch herrlich nach Frühling in dem abgedunkelten Raum. Gerlinde war ein Engel und die zuverlässigste Mitarbeiterin, die Anna hatte. Mit viel Liebe zum Detail putzte Gerlinde hier schon seit über zwanzig Jahren. Sie hatte schon unter den Argusaugen von Annas Vater geputzt. Anna schaute auf ihre Armbanduhr, gleich sechs. Mist. Um sieben war sie zum Weihnachtsessen verabredet und die Strecke war noch weit, tanken musste sie auch noch. Niemals würde sie es pünktlich schaffen. Eilig, aber sorgfältig verschloss sie ihre Apotheke. Für einen Moment hielt sie inne, hatte sie nicht irgendetwas vergessen, fehlte nicht was?

Lioba, die große stattliche Kirche gegenüber schlug sechs. Es war Zeit aufzubrechen.

Schneeflocken tanzten wild vor Annas Windschutzscheibe. Anna verlor sich beim Fahren in Gedanken; in den wunderbaren Blumengarten, in den Duft von Lavendel und frisch gebackenem Brot. Eigentlich ein wunderbarer Ort, ihr Elternhaus, das Haus ihres Großvaters, gebaut von ihrem Urgroßvater, aber nur eigentlich. Wäre da nicht eine stets maulende Mutter, die mehr auf ihre Blumen achtete als auf ihr Kinder und einem bigotten Vater, der sich seine Moral und seine Prinzipien durch Scheinheiligkeit und konsequente Kirchenbesuche erkaufte.
Mit einem Schmunzeln dachte Anna an Pola, ihr tschechisches Kindermädchen. Pola war warm, wie der erste kraftvolle Sonnenstrahl nach einem langen kalten Winter. Sie war Annas Zuflucht und das frisch gebackene Brot, mit dem sie jahrelang überlebte. Unbemerkt pflückten sie im Sommer Blumen aus Gerdas Garten und sie flochten sich wunderschöne bunte Blumenkränze, die sie heimlich trugen. Auf dem Dachboden trockneten sie Lavendel und Johanniskraut. Pola mischte Vater stets eine Prise von jedem Kraut ins Essen, „zur Beruhigung“ hörte Anna Pola sagen und erinnerte sich an ihr verschmitztes Lächeln.

Als Anna in die Auffahrt fuhr, stand Gerda schon im Eingangstor. Anna fühlte sich besser, wenn sie ihre Mutter mit Vornamen ansprach. In einer Hand ein Glas Rotwein, mit der anderen Hand eine vorwurfsvolle Geste: „Wir haben schon zweimal gebetet und die Suppe gegessen! Wo bleibst Du?“ Anna hauchte Gerda einen flüchtigen Kuss auf die Wange und achtete darauf, sie nicht zu berühren. Im Esszimmer warteten ihr Vater, ihr Bruder Jonas und das gute Geschirr. Jonas schien sich zu freuen, wagte es aber nicht, den Platz zu verlassen. „Ich habe für dich gebetet“ sagte Vater und wies ihr ihren Stuhl zu. Dann wurde geplaudert, höflich gefragt, verlegen gelächelt. Gerda bediente, Vater dozierte und Anna dachte an den vorzüglich italienischen Prosecco in ihrem Handschuhfach, der inzwischen herrlich durchgekühlt war. Gerda tischte auf, ohne eine Miene zu verziehen. Anna hasste Fisch, schon immer, schon immer jede verdammte Weihnachten. Ausgerechnet heute kam sie auf die Idee, ihn nicht zu essen. Eine wunderbare Idee. Jonas schaute irritiert und Anna bemerkte das erste Mal seine kleinen Fältchen um die Mundwinkel. Feine Linien, die ihn zu einem traurigen Clown machten. Nie hatte sie sich ihn in alt vorgestellt. Und da war es wieder, das Schweigen. Das Schweigen, das schwer und breit die Luft zum Atmen nahm, das jedes Verlegenheitslächeln einfror und aus den Gesichtern Fratzen formte. Der Fisch starrte Anna an, Jonas starrte den Tisch an und Vater faltete die Hände zum Gebet. Gerda flüchtete in die Küche. „Warum hast du Pola damals eigentlich rausgeschmissen?“ Anna hörte sich selbst sprechen. Noch einmal fuhr ihr der Schmerz wie eine feine kleine Nadel über die Haut. Sie erinnerte sich an die durchweinten Nächte und die Lavendelsäckchen mit denen sie sich in den Schlaf wiegte, nachdem Pola eines Abends nicht mehr da war. Gerda hatte Jonas und Anna das Nachfragen nach Pola stets untersagt. Mit Nachdruck.

„Pola war es nicht mehr würdig in meinem Haus zu leben“, Vater schaute nicht vom Teller auf. Auch nicht als Anna den Raum verließ. Schneeflocken kühlten ihre Wangen, der Winter kroch unter ihr Kleid und bereitete ihr Gänsehaut am ganzen Körper. Der Prosecco war eisgekühlt und befreite Anna von einem großen Durst. Anna kehrte zurück zum Haus und war stolz darauf, den Fisch nicht gegessen zu haben. Vor dem Esszimmer bog sie ab und ging die breiten alten Holzstufen hinauf zum Dachboden. Jene Stufen, die sie als Mädchen nur schleichend betreten durfte. Die Standuhr schlug zehn. Als Kind hatte sie sich vor der Uhr gefürchtet. Erst als Pola ihr die Geschichte von den „sieben Geißlein“ erzählte, konnte sie sie ertragen. Die Tür zum Dachboden war wie damals verschlossen und der Schlüssel steckte noch immer hinter dem Bild der heiligen Jungfrau Maria. Die Tür knarrte vertraut, auch der modrige Geruch nach Schimmel und altem Holz war geblieben. Hier oben war lange Zeit niemand gewesen. Alles war voll Staub, gleichmäßig zugedeckt, fast zärtlich umhüllt. Um einen Balken waren noch die Überreste von getrockneten Blumen und Kränzen zu sehen. Annas alte Blockflöte lag im Notenständer wie zu einem Dornröschenschlaf mit Spinnenweben überzogen. Und da war Pola. Ein Familienbild. Es lag einfach so auf einem alten Koffer. Gerda und Vater, Jonas und Pola, die die kleine Anna fest an sich gedrückt hielt. Im Hintergrund das mächtige Anwesen. Anna konnte sich an dieses Bild nicht erinnern und wischte mit ihrem Ärmel das Glas sauber. Als sie das Bild in ihre Tasche stecken wollte, zerbrach es. Vorsichtig zupfte Anna die kleinen Scherben vom Foto. Da war noch etwas. Hinter dem Familienbild war noch ein Foto, ein viel kleineres. Anna betrachtete es. Das war Pola, ganz jung, mit langem dunklem Pferdeschwanz. Anna erinnerte sich an das nach Pfirsich duftende Haar, in das sie sich damals so gerne vergrub. Pola hatte ein Kind auf dem Arm. Anna stutzte, im ersten Moment dachte sie, sie sei es selbst. Sie wendete das Foto. Anna erkannte die Schrift sofort. Das war Vaters Schrift. In großen kaligraphischen Lettern stand dort „Pola und Gerlinde, 1973“.

Wie konnte das möglich sein. Anna war 1973 geboren, Pola war von Anfang an bei ihr. Nie hatte sie davon gehört, dass Pola ein eigenes Kind hatte. Dann fiel Anna auf einmal ein, dass ihre Standuhr in der Apotheke heute nicht geschlagen hatte. Keinen Mucks. Dann dachte sie wieder an Pola, an die sieben Geißlein, an Pfirsichduft und Lavendelsäckchen. Ihr war wirr zumute, ihr Kopf war einfach zu schwer.

Anna verließ den Dachboden und polterte die Stufen hinab ins Esszimmer. Forsch wedelte sie mit dem Foto vor Vaters Augen. Er stand auf und Anna war darüber verwundert wie klein er war. „Es ist besser, du gehst jetzt!“ sagte er still, aber bestimmt. Wieder Schweigen. Ein Schweigen, das die Luft verpestete. Jonas wurde schlecht und Anna bekam keine Luft mehr. Sie flüchtete aus dem Esszimmer, aus dem Haus mit der großen schweren Tür, fest entschlossen, niemals mehr zurückzukehren. Sie setzte sich in ihr Auto und griff ins Handschuhfach. Als sie die Flasche mit einem Zug leerte, klopfte es auf einmal an ihr Fenster. Gerda: „Du kennst Gerlinde, du kennst sie schon lange Zeit.“ Gerda sah traurig aus und unendlich müde. Sie drehte sich um, richtete ihre Schürze und ging zurück zum Haus und wurde von dem großen Eingangstor gnadenlos verschluckt. Anna fuhr los.

Sie dachte an ihre Apotheke, an Gerlinde, an die Standuhr und daran, dass sie niemals mehr an diesen Ort zurückkehren würde.

Sonneborn und die AGORA

Die Redaktion zu Besuch beim inoffiziellen deutschen Satiremeister: Sie halten gerade die Ausgabe 4 der AGORA in den Händen – Martin Sonneborn musste sich bei seinem Besuch in Fulda im Kulturzentrum Kreuz noch mit Ausgabe 3 zufrieden geben, bekam diese dafür aber von der Redaktion persönlich überreicht. Zusammen mit einem Pflasterstein freute sich die (fast komplett anwesende) Redaktion, ihm diese kleine Lektüre auf dem Weg nach Brüssel mitzugeben.
An dieser Stelle nochmals ein Dankeschön an Martin Sonneborn für einen großartigen Fortbildungsabend zum Thema „Satire“ und weiterhin ein gutes Händchen bei den Abstimmungen im Europaparlament – wir üben derweil noch ein wenig weiter. Vielen Dank auch an das KUZ Kreuz, dass wir unseren kleinen Stand aufbauen durften.

Die **AGORA** war im antiken Griechenland der zentrale Fest-, Versammlungs- und Marktplatz einer Stadt. Für das demokratische Zusammenleben in einer Gemeinschaft kam ihr eine herausragende Rolle zu. Der Marktplatz galt als Merkmal einer selbstständigen Stadt.

Die **AGORA** Fulda als unabhängige Zeitung von Bürgern für Bürger ist ein Marktplatz der Ideen für kreative Kritik und Auseinandersetzung mit regionalen und gesamtgesellschaftlichen Themen. Wir wollen die Fuldaer Medienlandschaft erweitern und zur freien Meinungsbildung beitragen.

Wir arbeiten ohne Entgelt, sind werbefrei, unsere Auflage wird kostenlos verteilt. Daher sind wir auf Spenden zur Finanzierung der Druckkosten angewiesen. Bauen Sie mit uns am Marktplatz der Demokratie und seien Sie dabei mit einem Pflasterstein-Soli-Abo!

Abobestellung

☐ Ja, ich baue an der **AGORA** Fulda mit! Ich fördere die Zeitung
☐ einmalig ☐ jährlich bis auf Widerruf mit
☐ 20,- € ☐ _____ €
und erhalte einen Pflasterstein als Geschenk.

☐ Hiermit ermächtige ich den Förderverein für Kultur, Ökologie und Kommunikation e.V. für die **AGORA** Fulda widerruflich den o.g. Betrag zu Lasten meines Kontos
IBAN _____
durch Lastschrift einzuziehen.

☐ Ich werde andersweitig politisch aktiv und nehme nur den Stein.

_____

_____
Datum, Unterschrift (Bitte unbedingt vollen Namen und Adresse angeben.)